

Kasinokapitalismus oder Endzeitenkasino?

Ein wirtschaftsphilosophischer Diskurs angesichts Wirtschafts- und Finanzkrisen im neuen Jahrtausend

Labbé, Marcus, HSA Hochschule Augsburg/ Seit, Katharina, Universität Bamberg

1. Einführende Gedanken: Sensibilisierung im Hinblick auf eine Systemschwäche

Die Zukunftserwartung von Bürgern und Unternehmen ist so positiv wie seit Jahren nicht mehr. Auch der letzte Skeptiker scheint sich wieder seinen verheißungsvollen Zukunftsvisionen hingeben. Doch vergessen sind die Empörung und der Schrei nach Neuordnung und Regulierung der Finanzmärkte nicht, nicht vergessen sind Kurzarbeit und horrende Staatsverschuldung. Das einzige Wölkchen am Wohlstandshimmel über Deutschland ist die europäische Schuldenkrise.

Wo sind all die Systemkritiker, die sich in den letzten Jahren so hervor getan haben? Die Situation auf den Finanzmärkten hat sich ja nicht einschneidend verändert und in den Banken fließen noch immer Bonuszahlungen in Millionenhöhe. Wir agieren so, als wäre nichts passiert, um von der nächsten Krise wieder vollkommen überrascht zu sein. Eine potentielle Blase lässt sich bestimmt leicht ausmachen. Wie wäre es denn zum Beispiel mit Investitionen in Neue Energien? Die genialen Broker in den Investmentbanken finden sicher einen Weg, um die Aktienwerte aufzublasen. Und was ist eigentlich mit all den anderen globalen Problemen, die von der Wirtschaftskrise in den Hintergrund gedrängt wurden? Globale Erwärmung, Hunger oder die Energiekrise. Unwichtig, betrifft uns nicht?

Offensichtlich ist es so einfach nicht. Und wo die Massenmedien sich längst anderen Themen zugewandt haben und der Otto-Normal-Bürger sich schon alleine deshalb keines Problems bewusst ist, gibt es auf der anderen Seite noch immer sehr viel Kritik. Am System, an den Regierungen, an der Kasinomentalität der Spekulanten und an der kurzfristigen Perspektive der Problemlösung. Unter diesen Kritikern ist sogar eine Spur von Endzeitenstimmung auszumachen. Überlebensgroß scheinen einige der Probleme in der Welt, besonders die ökologischen. Vielleicht liegt es auch daran, dass es ein eher kleiner Kreis ist, der sich mit der Thematik beschäftigt. Lösungen scheint es ohnehin nicht zu geben, warum also nach welchen suchen? Das Bild des Casinos, das wir als Kasinokapitalismus für die Wirtschaft und die Finanzkrise kennen, lässt sich auch allgemeiner zeichnen. Aufgrund der großen Umweltprobleme hat man zuweilen das

Gefühl, auch auf anderen Gebieten würden Würfel über das Schicksal von Menschen entscheiden. Da gibt es plötzlich massenhaft Wirbelstürme, wo sonst nur ein paar vereinzelte auftraten, Staaten werden überschwemmt oder von schweren Erdbeben heimgesucht, und wir Menschen können uns immer öfter im Urlaub unsere Dosis Naturkatastrophe abholen. Längst ist klar, dass wir uns verzockt haben. Mit einem Einsatz aus Luftverschmutzung und Ressourcenausbeutung kann man eben nur verlieren.

Erstaunlich ist, dass trotz all der Informationen, über die wir alle verfügen – sei es zur Umweltproblematik oder zu den Schwächen unseres Wirtschaftssystems – nur so wenige deren Bedeutung erkennen. Oder auch nur den Zusammenhang zwischen beidem. Unsere Wirtschaft beruht auf dem ewigen Streben nach unendlichem Wachstum. Und das ist sowohl der Schlüssel für den Kasinokapitalismus als auch der Grund für die Ausbeutung unseres Planeten. Deshalb war es von Anfang an nicht gerechtfertigt, diese Probleme voneinander zu trennen oder – wie in jüngsten Zeiten geschehen – sogar das eine von dem anderen in den Hintergrund drängen zu lassen. Im Gegenteil, beides ist Teil eines einzigen Systems, das kränkelt – oder wahrscheinlich bereits schwerkrank ist.

Wir befinden uns in einer Zeit des Umbruchs, oder sollten uns zumindest in einer solchen befindlich fühlen. Denn die Verzögerungstaktik, die tatsächlich an den Tag gelegt wird, kostet uns mit jedem Tag kostbare Zeit. Zeit, die wir in Sachen Umwelt nicht haben und die uns in Sachen Kapitalmarkt nur die nächste Krise näher bringt. So gesehen hätte bereits die vom Zusammenbruch der Lehman Brothers, Inc. vorangetriebenen Finanz- und Wirtschaftskrise aufrüttelnde Wirkung haben und zum effektiven Agieren anregen sollen. Unter Experten ist dies auch geschehen und zwar mit teilweise überaus überraschenden Ergebnissen.

Zeiten des Umbruchs sind immer auch Zeiten von Philosophen gewesen. So auch heute. Wirtschaftsphilosophische Überlegungen finden sich immer häufiger in den Schriften von bedeutenden Ökonomen. Vermutlich auch deshalb, weil uns die rein auf Fakten basierende Wissenschaft alleine nicht mehr weiter bringt. Wirtschaftskrisen sind als Sinnkrisen des Systems dazu angetan, aus Wirtschaftswissenschaftlern zumindest Freizeitphilosophen zu machen. Und da die frühen Vertreter dieser Disziplin, wie wir später noch sehen werden, das unendliche Wachstum ursprünglich scharf verurteilten, könnten sie den Ansatz zu einer Verbesserung des Systems liefern.

Voraussetzung für eine differenzierte philosophische Betrachtung der aktuellen Geschehnisse ist ein tiefes Verständnis der Thematik und der Fragestellung. Deshalb wird in diesem Beitrag zunächst eine Informationsbasis geschaffen. Das Phänomen

Kasinokapitalismus wird erläutert und Grundwissen zum Thema Wirtschaftsphilosophie vermittelt, bevor wichtige Symptome unserer Systemschwäche vorgestellt und mit dem (Kasino-)Kapitalismus in Zusammenhang gesetzt werden. Zudem werden die Themen aus philosophischer Sicht betrachtet, Fragen aufgeworfen oder mit philosophischen Idealvorstellungen verglichen. Ziel der Ausführungen ist es, ein Bewusstsein für die riesigen Probleme unserer Zeit zu schaffen und ihre Interdependenzen aufzuzeigen. Die philosophischen Elemente sollen dabei zu einem Wechsel der Perspektive beitragen. Wir hoffen, dass der Leser dabei einen Hauch der gleichen Endzeitstimmung spürt, die uns während der Recherchen begleitete und die wir für eine wichtige Voraussetzung auf dem Weg zu echter Veränderung halten.

2. Der Kasinokapitalismus – Begriff und Entstehung

Ein Begriff erobert die (Wirtschafts-)Literatur: Spätestens seit Ausbruch der im Jahre 2008 ausgelösten Finanzkrise fehlt der Ausdruck ‚Kasinokapitalismus‘ in kaum einem Buch, Magazin oder Zeitungsartikel zum Thema. Doch so einhellig er auch verwendet wird, so schwierig ist es, eine eindeutige Definition zu finden, zumal im Zusammenhang mit der europäischen Finanzschuldenkrise. Die grobe Bedeutung ist klar und ergibt sich bei der Zerlegung des Wortes in seine Einzelteile: Kasino und Kapitalismus. Was beide miteinander verbindet und warum dieser Begriff eine so große Rolle in der gegenwärtigen weltweiten Finanzkrise spielt, soll nachfolgend näher beleuchtet werden.

2.1 Definition

Zu Beginn wollen wir anhand von Literaturquellen eine Definition des Begriffs ‚Kasinokapitalismus‘ finden, die für die Belange dieses Essays hinreichend genau ist. Ein Wörterbuch definiert Kapitalismus als ein „auf freiem Unternehmertum, Geldwirtschaft und Privatbesitz an Produktionsmitteln basierendes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem“ (Bünting & Karatas 1996, S. 606). Kapitalismus ist fraglos das in der globalisierten Welt am weitesten verbreitete Wirtschaftssystem. Selbst China, ein Land in dem der Kommunismus so lange überlebte wie andernorts kaum irgendwo, hat seine Wirtschaft inzwischen den Gesetzen des Kapitalismus unterworfen und sich den internationalen Märkten geöffnet – wenn auch nach eigenen Spielregeln. So wie das Reich der Mitte, wenn auch nicht ganz so exzentrisch, pflegen die meisten Staaten eine etwas abgewandelte, individuelle Spielart des Kapitalismus; in Deutschland zum Beispiel die viel zitierte soziale Marktwirtschaft. Eines jedoch haben alle gemein: Es ist nicht mehr das

Eigentum an Produktionsmitteln, das den Kapitalisten (hier im engsten Sinne eine Person mit Kapitalbesitz) ausmacht, sondern der Besitz von Geldmitteln. Beides mag austauschbar erscheinen, diese Sicht verstellt jedoch den Blick auf die Realität: Produktionsmittel werden zur Produktion von Gütern, im weiteren Sinne auch zur Ausführung von Dienstleistungen verwendet. Geld dagegen muss nicht zwangsläufig in die produzierende Realwirtschaft fließen. Ebendies tut es heutzutage auch immer seltener. Der gegenwärtige Kapitalismus erhebt den Besitz monetärer Mittel zum Selbstzweck und wird deshalb ganz zu Recht als Finanzkapitalismus bezeichnet (vgl. z.B. Heuser 2009).

Seine Akteure tummeln sich zunehmend auf dem Parkett der globalen Finanzmärkte und investieren ihre Dollar und Euro in vielfältige Finanzinstrumente statt in die produzierende Industrie. Die Wirtschaftsmacht verschiebt sich zu Gunsten von Finanzunternehmen, Versicherungen und dem Immobiliengeschäft (vgl. Janszen 2009). Die erklärten Helden dieser Ausprägung des Kapitalismus sind Investoren, die beim Zocken an den Börsen große Risiken eingehen und noch größere Gewinne einfahren, ebenso wie die Banker, die diese Geschäfte abwickeln (vgl. Misik 2009). ‚Der kleine Mann‘ dagegen spielt systemimmanenter Weise eine absolut untergeordnete Rolle. Er wird aufgrund der limitierten Geldmenge, die ihm zur Verfügung steht, auf Nebenschauplätze verwiesen. Dies hat sich im Wesentlichen auch nicht im Vorfeld des Platzens der Dotcom-Blase zu Jahrtausendbeginn geändert, als zum ersten Mal jeder, der ein paar überschüssige (oder geliehene) Dollar besaß und sich vom Traum des schnellen Reichtums an der Wallstreet anstecken ließ und in vermeintlich verheißungsvolle Sachwerte, hier: Aktien, investierte. Wo schon gemäßigte Formen des Kapitalismus manchmal weniger Gewinner als zumeist Verlierer zu schaffen scheinen, ist der Finanzkapitalismus von und für Reiche gemacht. Diejenigen, die Geld haben verdienen immer noch mehr, diejenigen die keines haben, werden fast gänzlich aus dem Spiel ausgeschlossen. Womit wir beim Kasino wären.

Ein Kasino wird als ein „Ort, an dem man um Geld (Glücksspiele) spielen kann“ (Bünting & Karatas 1996, S. 614) definiert. In Deutschland verbinden die meisten Menschen mit diesem Begriff wohl die staatlichen Spielbanken oder auch die großen Kasinos in Las Vegas, in denen gut gekleidete Menschen in Anzug und Abendkleid am Roulettetisch und beim Black Jack einen schönen Abend verbringen und dabei in der Regel einen relativ kleinen Geldbetrag setzen, den zu verlieren sie sich leisten können. Viel größer ist natürlich die Dichte an kleinen Spielhallen in der Nähe von Bahnhöfen oder in Innenstädten, die ganz im Gegensatz zum glamourösen Image der schicken Spielbank stehen. Das Risiko zu verlieren, ist im Großen und Ganzen überall gleich groß. Dennoch

sind es eher die in unserer Vorstellung dunklen und engen Spielhöllen, die unser Bild vom Spieler prägen. Er ist typischerweise eine Person, die am Rande der Gesellschaft steht, vielleicht arbeitslos ist und sich ihre Nächte beim Kartenspielen und an Automaten um die Ohren schlägt. Nicht selten übersteigen die Verluste im Kasino dabei das Einkommen aus ‚ehrlicher‘ Tätigkeit. In unserer Vorstellung ist der ‚gemeine Spielertyp‘ ebenso wie seine herausragenden Charaktereigenschaften Risikobereitschaft und Verantwortungslosigkeit zudem männlich. Er bedroht die Werte unserer Gesellschaft, weshalb von Staatsseite aus jede Möglichkeit ergriffen wird, die Spielsucht einzudämmen. Das Geschäft ist relativ streng reguliert und die staatlichen Kasinos führen vernetzte Kundenkarteien, die jeden Besuch genau dokumentieren. Zudem flimmern Anti-Spielsucht-Spots über unsere Fernsehbildschirme, die aus öffentlichen Geldern finanziert werden. Der Spieler entspricht einem Feindbild, dessen Ausbreitung möglichst Grenzen gesetzt werden sollen.

Vergleicht man die Protagonisten auf dem Börsenparkett des Finanzkapitalismus und in den Spielhöllen deutscher Hinterhöfe miteinander, so könnten sie zunächst nicht unterschiedlicher sein. Der eine ist Kultfigur, wird als Stütze unseres Wirtschaftssystems gefeiert und verkörpert den in der westlichen Welt so hoch gelobten Individualismus. Der andere dagegen ist – verantwortungslos und durch seine Krankheit, die Spielsucht, ferngesteuert – der Gesellschaft eine Last. Andererseits teilen sich beide ein Motiv: Das Streben nach Gewinn, nach Reichtum. Erreichen wollen sie dieses Ziel, indem sie einen gewissen Einsatz vervielfachen. Und auch der Investor muss, um erfolgreich zu sein, über eine Schlüsseleigenschaft des Spielers verfügen: erhöhte Risikobereitschaft. Aus dieser Perspektive ist die Ähnlichkeit zwischen beiden dann auch signifikant. Wo der eine mit Karten und Würfeln spielt, sucht der andere durch den Kauf und Verkauf von Währungen und Aktien sein Vermögen zu vermehren.

An diesem Punkt treffen die beiden Teilbegriffe Kasino und Kapitalismus aufeinander. Kasinokapitalismus bezeichnet also ein Extrem des Finanzkapitalismus, wie wir es gerade im Vorfeld der Finanzkrise der letzten Jahre erlebt haben. Die Akteure an den Börsen gehen immer größere Risiken ein, die immer weniger kalkulierbar sind und verwandeln ein Geschäft, das ursprünglich die Transaktionen der Realwirtschaft absichern und Unternehmen mit Liquidität versorgen sollte, in einen Roulettetisch. Das Zocken wird zum Sport erhoben. Es gewinnt, wer das meiste Geld in der kürzesten Zeit verdient. Dass das Risiko hierbei ins Unermessliche steigt, ist nur natürlich, denn es gilt ja weiterhin: Je größer das Risiko, desto größer die Rendite.

Dass der Spieler im Spielkasino, ganz im Gegensatz zu seinem Pendant im Wertpapierhandel, einen so schlechten Ruf genießt, erscheint umso paradoxer, wenn

man sich die Herkunft der jeweils eingesetzten Mittel genauer betrachtet. Ersterer kann höchstens sein eigenes Geld verspielen, während die größten Teilnehmer am globalen Finanzmarkt Banken sind. Und die setzen nicht ihr eigenes Geld, sondern das Geld ihrer Kunden, d.h. Spareinlagen, die ihnen in dem Glauben anvertraut wurden, dass das Geld sicher sei (vgl. Bode & Pink 2009). Natürlich erwarten auch die Klienten der Kreditinstitute, dass sie auf ihre Einlagen Zinsen erhalten und sie wissen und akzeptieren, dass mit ihrem Geld gearbeitet wird. Diese Vereinbarung kann aber nur auf Vertrauen in den verantwortungsvollen Umgang mit ihrem Geld durch die Banker basieren. Dieses Vertrauen hat die aktuelle Finanzkrise – unter anderem ausgelöst durch die Kasinomentalität vieler Broker – in den Grundfesten erschüttert und den Ruf der Banken dem der Kasinospieler angeglichen.

Ironischerweise wird der Kasinokapitalismus erst dadurch ermöglicht, dass die Finanzmärkte, anders als die echten Kasinos, erschreckend schwach reguliert sind und die Risiken herunter gespielt werden. Es scheint, als wäre den Zockern auf den Börsenparketts dieser Welt eine Erkenntnis verloren gegangen, die den meisten Gelegenheitsspielern, die auf den roten Teppichen der Kasinos wandeln, allgegenwärtig ist: Am Ende gewinnt immer die Bank. Oder zutreffender für den Wertpapierhandel: Es gibt keine unendlichen Gewinne ohne einen Verlierer.

Wie schmal der Grat zwischen funktionierenden, einen Mehrwert für die Gesellschaft schaffenden Börsen und disfunktionalen Finanzmärkten ist, erklärt der Basler Soziologe Urs Stäheli im Interview mit dem Magazin DIE ZEIT: „Kasino-Kapitalismus, richtig verstanden, bezeichnet einen Konflikt, den die Börse selbst produziert: Sie wird einerseits durch Spekulation populär – und andererseits durch sie als Institution der ökonomischen Vernunft bedroht. Seine widerständige Kraft entfaltet der Kasino-Kapitalismus nicht als fundamentaloppositioneller Kampfbegriff, sondern als Kritik der Finanzökonomie eo ipso am Übergewicht des Spekulativen in ihr.“ (Schnaas 2007).

2.2 Entwicklung

Wer glaubt, den Kasinokapitalismus gäbe es erst seit der jüngsten Finanzkrise, der irrt. Vielmehr hat schon die Politikwissenschaftlerin Susan Strange in ihrem Buch *Casino Capitalism*, das bereits im Jahr 1986 zum ersten Mal erschien, die Finanzmärkte mit einem Kasino verglichen und so den Begriff geprägt. Anleihe nahm sie dafür bei John Maynard Keynes, der in seinem Werk *The General Theory of Employment, Interest and Money* schon 1936 den Kasino-Vergleich nutzte. Was die Veränderung des

Bankenwesens mit seinen früher so pingelig auf ihren guten Ruf als verantwortungsbewusste Verwalter der Kundeneinlagen bedachten Bankern hin zu den heutigen Kasinohochhäusern mit jungen Spielern bewirkt hat, weiß auch Strange nicht so genau. Sicher ist nur, dass es früher geschah, als wir heute glauben. Strange erweitert übrigens die im letzten Abschnitt gefundene Definition des Kasinokapitalismus um einen interessanten Aspekt: In ihren Augen ist heute absolut jeder davon betroffen, auch Menschen die mit dem Spiel am Finanzmarkt nicht das Geringste zu tun haben. Auch Geschäfte in der Realwirtschaft hängen direkt – und nicht nur indirekt wie zum Beispiel während der zuletzt aktuellen Wirtschaftskrise erlebt – von den Spielen der Zocker ab. Es ist somit nicht mehr Geschäftssinn oder die Qualität der angebotenen Güter oder Dienstleistungen, die über Erfolg oder Misserfolg erscheinen, sondern reines Glück. So kann beispielsweise eine Zinssteigerung zu dramatisch erhöhten Lagerhaltungskosten führen oder eine Veränderung des Wechselkurses ein Exportunternehmen in den Ruin treiben. Natürlich funktioniert das alles auch umgekehrt und führt zu positiven Ergebnissen, aber auch die sind vom Glück abhängig (vgl. Strange 1997, S. 2). Strange macht einige Faktoren aus, die gemeinsam zur erstmaligen Instabilität des Systems geführt hätten. Dazu gehören starke Währungsschwankungen, eine steigende Inflationsrate, Zinsschwankungen und die Unstetigkeit des Ölpreises. Möglich wurde ersteres erst nach dem Fall des Bretton-Woods-System im Jahr 1973, das die Weltwährungen an den Dollar band, der wiederum durch Amerikas Goldreserven abgesichert war. Die beginnende Globalisierung und das zunehmende Ungleichgewicht zwischen den Ländern in Verbindung mit dem historisch hohen Außenhandelsdefizit der USA (das übrigens hochaktuell wieder Thema ist) führten zum Zusammenbruch des fixen Systems. Anders als von Ökonomen dieser Zeit versichert, war das Ergebnis der marktbestimmten Wechselkurse jedoch nicht das Ende der Volatilität, sondern zog im Gegenteil noch größere Schwankungen nach sich. Da Währungsschwankungen aber auch Cross-Border-Transaktionen von z.B. Maschinen beeinflussen und den Kaufpreis auf der einen und den Gewinn auf der anderen Seite innerhalb eines Tages verdoppeln oder sich in Luft auflösen lassen konnten, wurde es notwendig, die Geschäfte entsprechend abzusichern. Schon unter Bretton-Woods gab es Hedging, also komplexe Absicherungsstrategien. Doch aufgrund der gestiegenen Volatilität war der Aufwand deutlich gewachsen und die Gewinne der Banken, die diese Geschäfte abwickelten stiegen auf Kosten der privaten Unternehmen. So ist es kaum verwunderlich, dass die Bedeutung des rein finanziellen Teils von Transaktionen im Vergleich zum produktiven Anteil zunahm (vgl. Strange 1997, S. 4-11). Auch zur Destabilisierung der Zinsen trug das vermehrte Hedging bei. Der Ölpreis seinerseits hat mit seinen eigenen Schwankungen

wesentlich zur Instabilität der Wechselkurse beigetragen und wird vermutlich keine größere Stabilität aufweisen können, solange die Weltwirtschaft im großen Maße vom Öl abhängig bleibt (vgl. Strange 1997, S. 18). Letztlich wurde die wachsende Bedeutung der Finanzbranche also durch die Notwendigkeit der Absicherung realwirtschaftlicher Transaktionen gegen Schwankungen auf den Märkten befeuert. Zusätzlich wurden durch die Instabilität der wichtigsten Faktoren für den Finanzmarkt verlässliche langfristige Prognosen über Geschäftserfolge immer schwieriger – wenn nicht gar unmöglich. Die Konzentration auf kurzfristige Investments, die wir ja als Spekulation bezeichnen, schien somit nicht selten weit weniger spekulativ zu sein, als langfristige Engagements. Insofern war die Verschiebung der Volumina weg von längerfristigen Investments hin zu Spekulationsgeschäften nur eine logische Konsequenz der allgemeinen Volatilität. Dass die Spekulation die Werte erst Recht destabilisierte, trug natürlich nicht zur Verbesserung der Situation bei. Der Kasinokapitalismus war geboren.

3. Ansätze und Schlüsselfiguren der Wirtschaftsphilosophie

Schon vor der Finanzkrise waren Themen wie Umwelt- oder Unternehmensethik in aller Munde. Jetzt, da unser Wirtschaftssystem erneut am Versagen ist, weitet sich die Diskussion auf andere Disziplinen aus. Die Ressourcen, aus denen moderne Wirtschaftsphilosophen dabei schöpfen, sind nahezu unerschöpflich und lassen sich zurückverfolgen bis in die Antike. Insofern ist es sinnvoll, im Weiteren zunächst einen Bogen von den Anfängen der Philosophie bis in die Neuzeit zu spannen.

3.1 Geschichte und Teilbereiche der Wirtschaftsphilosophie

Das Wort Philosophie hat seinen Ursprung im Altgriechischen (φιλοσοφία) sowie im Lateinischen (philosophia) und bedeutet wörtlich übersetzt ‚Liebe zur Weisheit‘. Das Online-Wörterbuch Wiktionary.org definiert den Begriff als die Lehre vom Sein, des Ursprungs und Wesen der Dinge sowie als Lehre über Erkenntnis und Wahrheit; zudem als persönliche Betrachtungsweise des Lebens. Ihren Ursprung hat die Philosophie wohl in der Antike. Auch die Anfänge des Teilbereichs Wirtschaftsphilosophie lassen sich weit zurück datieren, obwohl sie nie im Zentrum dieser Wissenschaft stand. Aristoteles berichtet von einer Begebenheit um Thales von Milet, der zwischen etwa 625 und 747 v. Chr. in Kleinasien gelebt hat: Thales wurde einmal „wegen seiner Armut die Nutzlosigkeit der Philosophie vorgehalten; darauf habe er aus sternkundiger Berechnung erschlossen, dass eine große Olivenernte bevorstehe; er habe noch im Winter, da er gerade über

bescheidene Mittel verfügte, für sämtliche Ölpresen in Milet und auf Chios Anzahlungen hinterlegt und sie für einen geringen Betrag gemietet, da niemand ein höheres Angebot machte. Als aber die Ernte kam und zur gleichen Zeit und plötzlich viele Ölpresen gesucht wurden, habe er sie nach Bedingungen, wie sie ihm gefielen, vermietet; er habe viel Geld gewonnen und bewiesen, dass es den Philosophen leicht ist, reich zu werden, wenn sie wirklich wollen – jedoch sei dies nicht, worauf sie ihr Bestreben richten“ (Aristoteles ~335 v. Chr. zitiert in Hoffmann 2009, S. 11). Diese Anekdote soll belegen, dass Philosophen durchaus am Wirtschaftsleben teilhaben können, wenn sie denn nur wollen. Immerhin erzählt sie auch von der Entdeckung des Monopols durch einen Philosophen. Dennoch ist die Wirtschaftsphilosophie niemals Hauptgegenstand der antiken Philosophie. Entsprechend ist sie als Wissenschaft zumindest im deutschen Sprachraum eine eher junge Disziplin. Zuerst wurde der Begriff von Fritz Berolzheimer (1869-1920), einem Juristen und Rechtsphilosophen verwendet. Praktische Anwendung und vermehrten Eingang in Diskussionen zu wirtschaftlichen Themen fand sie jedoch erst im Rahmen der 'business ethics'-Bewegung der siebziger und achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts (vgl. Hoffmann 2009, S. 12). Tatsächlich ist die Wirtschaftsphilosophie schon seit Platon und Aristoteles immer auch von ethischen Gesichtspunkten betrachtet worden, ja die Ethik war sicherlich sogar Teil der Motivation für das Nachdenken über die Wirtschaft. Ziel war es immer, die Prozesse auf das Gute auszurichten und sie der Gerechtigkeit zu verpflichten. Zum ersten Mal verwendet wurde der Begriff Wirtschaftsethik vom österreichischen Moraltheologen und Bundeskanzler der Ersten Republik Ignaz Seipel, der von 1876 bis 1932 lebte. Einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machte ihn jedoch Max Weber 1916 mit seiner umfassenden Studie *Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen*. Zu dieser Zeit fehlte ihr aber noch die normative Dimension, über die die Wirtschaftsethik heute ja durchaus verfügt. Diese wurde ihr erst in den zwanziger Jahren durch Georg Wünsch oder in der Dissertation Oswalds von Nell-Breuning zur Börsenmoral zuteil. Heute wird die Wirtschaftsethik von vielen Autoren als ein Modell der angewandten Ethik verstanden, durch die allgemeine ethische Prinzipien in die Praxis übertragen werden sollen (vgl. Hoffmann 2009, S. 305-308).

Aktuell ist die Unternehmensethik die meistbeachtete Disziplin der Wirtschaftsphilosophie. Das Stichwort 'Corporate Social Responsibility' ist von keiner Unternehmenswebsite mehr wegzudenken. Es beschäftigt sich mit Fragen der Verantwortung von Unternehmen im Hinblick beispielsweise auf soziale Aspekte. Ausgangspunkt ist dabei der Zielkonflikt zwischen Unternehmenserfolg (Gewinn) unter Wettbewerbsbedingungen und der moralischen Verpflichtung gegenüber verschiedenen Anspruchsgruppen (Stakeholder). Die Unternehmensethik versucht, einen Ausgleich zwischen beiden zunächst

konkurrierenden Zielen zu schaffen. Der Konflikt kann sich im Umgang mit Kinderarbeit, Korruption oder Bilanzverschleierung manifestieren. In der Regel werden dabei keine konkreten Lösungsvorschläge aufgezeigt, sondern vielmehr relevante (Werte-)Aspekte in den Fokus gerückt, die leicht aus den Augen verloren werden; ein Beispiel hierfür ist die Unternehmensintegrität. Heute werden solche Erkenntnisse auch zunehmend als Wettbewerbsinstrument verwendet (vgl. Gabler Wirtschaftslexikon k.D.).

Eng verwandt ist die Unternehmensethik mit der Wirtschaftsethik. Diese „befasst sich mit der Frage, wie moralische Normen und Ideale unter den Bedingungen der modernen Wirtschaft zur Geltung gebracht werden können (Implementationsproblematik). Neuere Ansätze erweitern den Begriff, indem sie entsprechend einem modernen Begriff von Ökonomik als allgemeine Verhaltenstheorie Wirtschaftsethik als ökonomische Theorie der Moral bzw. ökonomische Ethik verstehen. Damit sind auch die Begründung von Normen, z.B. von Menschenrechten, und die ökonomischen Folgen moralischen Verhaltens Gegenstand von Wirtschaftsethik.“ (Gabler Wirtschaftslexikon k.D.)

Eine weitere Disziplin der Wirtschaftsphilosophie, die heute besonders aktuell ist und die uns auch im Verlauf dieses Beitrags noch begegnen wird, ist die Umweltethik. Sie thematisiert den moralisch vertretbaren, 'richtigen' Umgang mit der Natur. Je nachdem inwieweit dabei nicht-menschlichen Lebewesen Rechte zugesprochen werden, ergeben sich vier verschiedene Ansätze. Die anthropozentrische Umweltethik akzeptiert nur den Menschen als Träger von Rechten, die pathozentrische Theorie gesteht allen schmerz- und leidensfähigen Lebewesen eigenständige Rechte zu und schließt damit zum Beispiel auch Tiere mit ein. Die biozentrische Umweltethik geht noch etwas weiter und legt allen Lebewesen und somit auch Pflanzen Rechte bei. Die holistische Theorie schließlich versteht sogar unbelebte Materie als Träger eigener Rechte. Gerade heute gewinnt die Umweltethik angesichts der globalen Erwärmung weiter an Bedeutung, zumal die Wirtschaft eine entscheidende Rolle beim Ausstoß von Treibhausgasen spielt (vgl. Fries 2010).

3.2 Berühmte Wirtschaftsphilosophen und ihre Theorien

Platon und Aristoteles gehören fraglos zu den berühmtesten Philosophen überhaupt. Von Aristoteles haben wir auch in wirtschaftsphilosophischem Zusammenhang schon im letzten Abschnitt gehört. Da er ein Schüler Platons war, lassen sich Zusammenhänge zwischen den Lehren beider finden. Auch wenn bereits Thales von Milet bewiesen hat, dass Philosophie und Ökonomie nicht so weit voneinander entfernen liegen wie damals

allgemein angenommen, war es doch Platon der sich zuerst systematisch mit der Wirtschaft auseinandersetzte. Obwohl er die Erkenntnis des Ewigen zum Hauptgegenstand seines Nachdenkens machte und entsprechendes lehrte, war er auch der erste „Vertreter einer 'politischen Ökonomie', die gerade aus der Distanz zu Handel und Wandel heraus die Gesetze und Rahmenbedingungen des Wirtschaftens in einem nach Gerechtigkeitsprinzipien eingerichteten Staat zu denken versucht.“ (Hoffmann 2009, S.13) In seiner *Nomoi* nähert er sich an die Probleme des Eigentums, der Produktion und des Warentauschs, sowie des Innen- und Außenhandels an mit dem Ziel, den Handel und Wandel nicht einfach hinnehmen zu müssen, sondern zu analysieren und zu verstehen (vgl. Hoffmann 2009, S.13). Dass Platon, der Meisterschüler des Sokrates demnach der Vorreiter der Wirtschaftsphilosophie war, ist keineswegs verwunderlich, wenn man weiß, dass er auch darüber hinaus die Grundlage für die abendländische Philosophie geschaffen hat. Aus heutiger Sicht sind einige seiner wirtschaftlichen Ansichten aber zumindest kritisch zu bewerten. Er war ein überzeugter Vertreter der Gütergemeinschaft und mag manchem als Ahnherr des Kommunismus erscheinen. Sein Ziel war es jedoch, eine Güterordnung und Staatsverfassung zu entwerfen, die auf der Idee des Guten basierte, und Prioritäten zu setzen, anhand derer politische und ökonomische Ziele zum Wohle aller aufeinander abgestimmt werden könnten (vgl. Hoffmann 2009, S. 24-25). Das Gute kann im Übrigen nach Platons Auffassung nur vom Philosophen erkannt werden, alle anderen haben lediglich Meinungen zum Thema. In seiner *Politeia*, in der Sokrates Hauptredner ist, kommt Platon auf die Grundlage von Staaten zu sprechen: Das Bedürfnis seiner Bewohner. Um deren Grundbedürfnisse zu decken, prägt Platon die Idee der Arbeitsteilung, deren Organisation Aufgabe des Staates ist, um die Versorgung aller zu gewährleisten. Des Weiteren sollte der Staat Münzgold und einen Markt(platz) zur Verfügung stellen, um die Qualität der Bedürfnisbefriedigung auf Dauer zu gewährleisten. Für eine 'Überbefriedigung' ist hier übrigens noch kein Platz, Luxus kein Thema. In Platons beschriebenem Dialog zwischen Sokrates und seinen Zuhörern, wird letzterer dann auch darauf aufmerksam gemacht, dass die Einwohner von ihrem Staat mehr verlangen können als die bloße Existenzsicherung. Sie wollen gut leben, nicht nur überleben. Sokrates akzeptiert den Einwand, denn immerhin ist das Gute wesentlicher Bestandteil der platonischen Philosophie (vgl. Hoffmann 2009, S. 27-29). Er weist jedoch auch darauf hin, dass es „mit der Expansion der Bedürfnisse auch zu einer Expansion der Staatstätigkeit und zuletzt des Staates selbst, damit aber zu der Gefahr von kriegerischen Verwicklungen und des Selbstverlustes des Staates in diesen wie in der Expansion schon als solcher kommt. So paradox es erscheint: es ist die Suche nach dem guten Leben, in deren Gefolge die großen historischen Übel entstehen“ (Hoffmann 2009, S. 29). Mit dieser

Erkenntnis, die heute wieder so aktuell ist wie damals, gehen wir über zu Aristoteles. Der Schüler in Platons Akademie hat die Lehren seines Mentors aufgegriffen und noch einmal verdeutlicht, „dass die Ökonomie (...) im Rahmen einer Lehre vom Menschen als 'politisches Lebewesen' (...) zu begründen sein.“ (Hoffmann 2009, S.13). Übrigens prägte er den Begriff Ökonomie (altgriechisch: oikonomia) wesentlich und legte mit seinem ersten Buch *Politik* den Grundstein für Literatur zum Thema Ökonomik, also zur gesetzmäßigen, rationalen Leitung des Hauswesens (vgl. Hoffmann, S.13, 46). Im Unterschied zu seinem Lehrer ist Aristoteles jedoch nicht für ein Verbot von Privateigentum (Platon empfahl, dass sich die Wächter des Staates sogar ihre Frauen teilen sollten), weil „damit nicht nur eine Quelle legitimen Vergnügens, das mit der natürlichen Selbstliebe (...) einhergeht, verstopft, sondern auch die Gelegenheit abgeschnitten wird, sich in der Tugend der Freigiebigkeit zu üben“ (Aristoteles ~335 v. Chr. zitiert in Hoffmann 2009, S. 47). Aristoteles unterschied dann auch zwischen der Ökonomik, als der Kunst der Haushaltsführung und der Chrematistik, also der Kunst Reichtum zu erwerben. Von legitimem Wohlstand im Rahmen einer vernünftigen Hauswirtschaft spricht Aristoteles übrigens, wenn „ausreichend Mittel für ein gutes Leben“ (Aristoteles ~335 v. Chr. zitiert in Hoffmann 2009, S. 50) vorhanden sind. Wie Platon warnte jedoch auch er vor der Verselbstständigung des Erwerbs um des Erwerbs willen. Seiner Ansicht nach sollte dieser immer nur Mittel sein, nie Selbstzweck. Übertragbar auf unser heutiges System ist vor allem jene Erkenntnis beachtenswert: In den Augen des Philosophen kann reine Expansion, also unbegrenztes Wachstum kein Ziel der Wirtschaftspolitik sein; vielmehr wird dadurch sogar der Staatszweck untergraben. Umso problematischer beurteilt Aristoteles die Chrematistik, die vom Grundsatz ausgeht, dass Besitz und Reichtum keinerlei Grenzen gesetzt seien. Wo genau die Grenze zwischen gesundem Wachstum und unendlicher Expansion liegt, kann dabei natürlich nicht zur universellen Anwendung bestimmt werden (vgl. Hoffmann 2009, S.50-53). Aus heutiger Sicht, wäre es wohl überaus interessant zu erfahren, *wann* nach Meinung des Aristoteles die globale Wirtschaft den kritischen Punkt überschritten hat. *Dass* er überschritten ist, steht wohl außer Frage.

Freilich haben diese Philosophen der Antike sich hauptsächlich mit den theoretischen Grundlagen des Wirtschaftens beschäftigt. Im Mittelalter begannen die Denker auch praktischere Fragen zu bearbeiten. Erwähnt sei hier zunächst Aurelius Augustinus (354-430), der – auch noch recht theoretisch – ein Konzept der Eigentumsordnung entwarf. Demnach unterliegt das Eigentumsrecht, wie ursprünglich jedes Recht dem göttlichen Willen. Das Eigentum ist demnach „Darstellung eines übergeschichtlichen Vernunftwillens“ (Hoffmann 2009, S. 79) und muss als Tatsache anerkannt werden.

Rechtmäßiger Besitz kann somit nur durch göttliches Recht übertragen werden oder durch menschliches Recht über das Könige verfügen (die ja von Gott eingesetzt werden). Wie meist in der Philosophie wird auch hier die Frage nach Gut und Böse gestellt. Augustin beantwortet sie mit der Gerechtigkeit – ein weiterer Schlüsselbegriff der Philosophie. Demnach ist letztlich nur derjenige gerechterweise Eigentümer, der ein Objekt gut gebraucht, während der schlechte Gebrauch auf unrechtmäßigen Besitz hinweist. Hier ergibt sich ein Spannungsfeld zwischen göttlichem und menschlichem Recht, denn nach bürgerlichem Gesetz mag ein Gebrauch noch als rechtmäßig und somit gut gelten, wo er nach göttlichem Recht bereits schlecht ist (vgl. Hoffmann 2009, S. 80-82). Nachdem die Frage nach dem Eigentum auf diese oder andere Weise geklärt war, stellte sich als nächstes die Frage nach dem gerechten Preis für ein Gut. Thomas von Aquin (1225-1274) legte seiner Antwort darauf die 'Tauschgerechtigkeit' (lat. *justitia commutativa*) zu Grunde, die auf Aristoteles zurückgeht. Bei einem gerechten Tausch soll Gleiches gegen Gleiches eingetauscht werden, ein Verkauf unter oder über Wert ist nach dieser Definition also nicht möglich. Da Kauf und Verkauf beiden Parteien Nutzen bringen soll, kann sich ein gerechter Preis nur an einem objektiv festgestellten Wert orientieren. Es muss ausgeschlossen werden, dass subjektive Bewertungen von Käufer und Verkäufer den Preis verzerren. Eine Ausnahme von dieser Regel darf es nur geben, wenn beispielsweise der Erwerber das Gut dringend benötigt, der Verkäufer es seinerseits aber nur zu großem eigenem Schaden aufgeben kann. Hier ist eine Transaktion zu subjektivem Wert gerechtfertigt. Thomas von Aquin führt hier übrigens auch schon eine Haftungspflicht ein für die Verkäufer von minderwertigen Waren. Interessanterweise muss aber auch der Käufer, wenn er einen zu günstigen Preis bezahlt hat diesen Umstand anzeigen. Offensichtlich fehlt Aquins Art der Preisbestimmung aber ein entscheidendes Element mit dem Händler ihren Lebensunterhalt bestreiten: Gewinn. Zur Lösung dieses Problems nahm er wiederum bei Aristoteles Anleihe und unterscheidet zwischen der Ökonomik und der auf Gewinn abzielenden Chrematistik. Gewinn an sich ist zudem ethisch grundsätzlich nicht verwerflich. Entscheidend ist, dass er nicht zum Selbstzweck angestrebt wird. Ein Händler also, der durch den Handel seine Wohnung und seine Nahrung verdient, ist dazu legitimiert vom gerechten Preis abzuweichen (vgl. Hoffmann 2009, S. 90-94). Unerbittlich dagegen wird der Wucher verurteilt, den Thomas von Aquin nicht einmal als Phänomen des Wirtschaftslebens begreift, sondern rein theologisch als Sünde. Der Wucherer verkauft dasselbe Gut zweimal oder er verkauft etwas, das es eigentlich gar nicht gibt und verstößt schon deshalb gegen die Tauschgerechtigkeit. Er „ist jemand, der Wein oder Getreide 'verleiht', sie also in bestimmter Zukunft mit Aufschlag zurückerstattet haben will: er verkauft zum einen den (nützlichen und nur deshalb

wertvollen) Gegenstand selbst (den Wein oder das Getreide), sodann aber noch einmal die Nützlichkeit dieses Gegenstands (für den Käufer) – entsprechend beim Geld, das zum einen gegen den realen Gegenwert zur Verfügung gestellt wird (womit bei einem unfruchtbaren Gegenstand der Tauschgerechtigkeit Genüge getan ist), zum anderen aber gegen 'Interessen' als einen Anteil an jenem Nutzen, den der Empfänger von dem Gebrauch des geliehen Geldes hat“ (Hoffmann 2009, S.94-95). Kurz gesagt verurteilt Aquin also das Erheben von Zins. Dass diese Meinung nicht nur unter Akademikern verbreitet, sondern auch tief im Volksbewusstsein verankert war, verdeutlicht die *Göttliche Komödie* des italienischen Dichters Dante Alighieri (1265-1321), der hier die Wucherer an ihrem postmortalen Wohnsitz – natürlich die Hölle – besucht (vgl. Hoffmann 2009, S. 97).

Die Wirtschaftsphilosophen der frühen Neuzeit betrachteten - sicherlich auch auf Basis der Erkenntnisse früherer Denker wie Thomas von Aquin das Privateigentum als gegeben und verwendeten es für ihre Systeme in der Regel ohne es näher zu beleuchten. In Immanuel Kants (1724-1804) Rechtslehre wird die Eigentumsfrage jedoch wieder zum Untersuchungsgegenstand. Fraglich ist, wie ein ideeller Titel (wie es das Eigentum ja eigentlich ist) physische Folgen hervorrufen kann (beispielsweise in Form von Sanktionen bei Verletzungen des Eigentumsrechts) und ebendies dann tatsächlich gerecht sein kann (vgl. Hoffmann 2009, S. 169). Da Kants Überlegungen aber rechtsphilosophischer Art sind, soll das Thema hier nicht vertieft werden, sondern vielmehr nur zeigen, dass Eigentum und Besitz bis in die Neuzeit Gegenstand philosophischer Arbeit waren.

Näher betrachtet werden soll dagegen die Philosophie von Karl Marx und Friedrich Engels. Marx (1818-1883), der ursprünglich Jura studierte, konzentrierte sich später hauptsächlich auf die Philosophie und promovierte 1841 auch auf diesem Gebiet. Dabei sah er die Aufgabe der neuzeitlichen Denker weniger im rein Theoretischen, sondern in der praktischen Anwendbarkeit der Erkenntnisse. Den Fokus legte er dabei vor allem auf Themen der bürgerlichen Gesellschaft. Er hielt diese real existierende Gesellschaft für das Absolute der Philosophie und beispielsweise Religion oder Kunst für reine Widerspiegelungen gesellschaftlicher Verhältnisse (vgl. Hoffmann 2009, S. 219-221). Anders als bei den Philosophen der Antike üblich, erhob Marx die Ökonomie zur Königsdisziplin der Philosophie. Diese Wendung ist aus heutiger Sicht vollkommen verständlich, wenn man bedenkt wie allgegenwärtig das Ökonomische in unserem Leben und unseren Staatssystemen ist. In seinem Hauptwerk *Kapital* erörterte Marx die Herrschaft des Kapitals und erklärte ihre Entstehung dadurch, dass für die Inhaber von Produktionsmitteln die Arbeitskraft von Menschen Warencharakter hat. Seiner Meinung nach schafft dabei die Arbeit einen ökonomischen Wert, der größer ist als die

Gegenleistung für sie, also die Lohnzahlung. Dadurch muss sich das Missverhältnis zwischen Arbeit und Kapital immer weiter vergrößern, da ja die Arbeiter mit jeder geleisteten Stunde einen Mehrwert zu Gunsten des Kapitalisten (hier im engsten Sinne: Eigner von Produktionsmitteln) schaffen. Ergebnis dieser Diskrepanz sind, wie könnte es anders sein, gesellschaftliche Spannungen (vgl. Hoffmann 2009, S. 223-224). Weiß man um die Tatsache, dass zwischen Arbeit und Kapital auch heute bei Weitem noch kein ausgeglichenes Verhältnis besteht, muss man – gleich was man sonst von Marx' späterer Wende zum Kommunismus halten mag - die Wichtigkeit dieser Überlegungen anerkennen. In seinem zweiten Buch *Der Zirkulationsprozess des Kapitals* beschrieb der Philosoph den - seiner Meinung nach - notwendigen Untergang des Kapitalismus als Folge einer Verschärfung der Missverhältnisse. Er fasste die Zirkulation des Kapitals als einen Prozess auf, der stetig sinkenden Profitraten unterliegt und deshalb zu ständiger Produktivitätssteigerung zwingt. Auf diese Weise verschlechtert sich die Situation der Arbeiter immer weiter und führt somit letztlich zu einer Überforderung des Systems. Die Tendenz des Kapitals zum Selbstzweck, die eine Abwertung der Ware Arbeit und somit des Arbeiters nach sich zieht, führt, so Marx, zu einer 'Entmenschlichung' der Wirtschaft und schließlich zum Zusammenbruch. Der revolutionäre Übergang zum Kommunismus ist dabei unausweichlich (vgl. Hoffmann 2009, S. 224-225). Man kann wohl davon ausgehen, dass Marx zwar wenig von den - gerade in Zeiten von Wirtschaftskrisen - allzu deutlich hervortretenden Schwächen des Kapitalismus überrascht gewesen wäre, sehr wohl aber von der Langlebigkeit des Systems insbesondere im Vergleich mit dem real existierenden Kommunismus. Ähnlich dürfte es wohl Friedrich Engels (1820-1895) gehen, wäre er noch am Leben. Der Fabrikantensohn, der selbst zum Unternehmer bestimmt war, verschmolz bezüglich seiner späteren Überzeugungen in einzigartiger Weise mit seinem Freund Karl Marx. Diesem half er sowohl finanziell als auch mit ökonomischen Fachkenntnissen aus, über die Marx selbst nicht verfügte. Darüber hinaus lässt er aber dessen „genialen Schwung“ (Hoffmann 2009, S. 227-228) vermissen.

Obwohl man John Maynard Keynes (1883-1946) sicher nicht zuerst als Philosophen, sondern als Wirtschaftswissenschaftler und allenfalls noch Wirtschaftspolitiker bezeichnen würde, ist seine Erwähnung an dieser Stelle zu rechtfertigen. Zum einen ist seit Marx' praktischer Wirtschaftsphilosophie die Grenze zwischen jener und der Wirtschaftswissenschaft nicht mehr so deutlich zu ziehen wie vorher. Und zum anderen schlägt Keynes' Idee einer gemäßigten Marktwirtschaft eine Brücke zwischen Sozialismus und liberalem Kapitalismus (vgl. Hoffmann 2009, S. 274). „Er bremst auf der einen Seite einen gleichsam 'naturwüchsigen' Kapitalismus, indem er mit dem Staat einen überlegenen 'Mitspieler' auftreten lässt, dessen Mitspielerschaft sich jetzt in der

Entscheidung jedes genuinen Spielers reflektieren wird. Auf der anderen Seite redet Keynes nicht der eigentlichen Planwirtschaft das Wort, sondern ist von der Zweckmäßigkeit einer 'Entscheidungsdelegation' auf mittlerer und unterer Ebene an Marktmechanismen überzeugt“ (Hoffmann 2009, S. 224). Schließlich ist Keynes' Erwähnung alleine deshalb sinnvoll, weil seine konjunkturpolitischen Überzeugungen bei der Bewältigung der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise nach einem Zeitalter der Deregulierung wieder reißenden Absatz finden. Auch die geistigen Väter, der Umbaustrategien für unser Wirtschaftssystem, die in Kapitel neun der vorliegenden Ausarbeitung vorgestellt werden, tendieren zunehmend zum Keynesianismus.

4. Die Komplizenschaft von Staat und Bank

Unvorstellbar – oder doch zumindest ihren Vorstellungen zuwiderlaufend – wäre für die Philosophen des Altertums sicherlich die Macht der Banken in unserer Wirtschaft gewesen. Marx und Engels hätte es dagegen wohl kaum verwundert, dass sich dieses Machtmonopol zumindest teilweise auf die andauernd schwache Position des Faktors Arbeit stützt. Weit wichtiger als dies ist jedoch die Unterstützung, die Kreditinstitute durch die Regierungen dieser Welt erhalten – in Form von Deregulierung und bankenfreundlicher Gesetzgebung.

Zunächst soll zum besseren Verständnis der Banken heute kurz die Geschichte von Kreditinstituten umrissen werden. Ursprung der modernen Banken sind Goldschmiede, deren Hauptgeschäft – nicht anders als heute – die Anfertigung und der Verkauf von Schmuck waren. Wegen der großen Werte, die sie in ihren Ladengeschäften aufbewahrten, verfügten sie über Tresore, die sie bald auch Wohlhabenden als sicheren Aufbewahrungsort für ihr Geld anboten. Irgendwann erkannten die Goldschmiede, dass sie ihre Gewinne vergrößern konnten, wenn sie einen Teil des ihnen anvertrauten Geldes gegen Zinsen ausliehen. Die Wahrscheinlichkeit, dass alle Eigentümer auf einmal ihr Geld zurückverlangen könnten, war nämlich gering. Schon war das Bankenwesen geboren. Ab und zu geschah aber etwas – ein Gerücht über eine fehlgeschlagene Investition war schon ausreichend – und die Kunden verloren das Vertrauen in ihre Bank. Um ihre Einlagen zu retten, versuchten alle gleichzeitig ihr Geld zurückzuholen. Ein solcher 'Bankenrun' konnte auch eine eigentlich gesunde Bank in den Ruin treiben; denn da ein Teil der Kundenvermögen ja an Dritte ausgeliehen waren, reichten die vorhandenen Barmittel meist nicht, um alle Auszahlungswünsche zu befriedigen. Der so ausgelöste Zusammenbruch eines Kreditinstitutes löste nicht selten einen Dominoeffekt aus, der auf

andere Banken übergriff: Eine Finanzkrise entstand. Um solchen Entwicklungen entgegenzuwirken, schlossen sich in Amerika schon früh verschiedene Kreditinstitute zusammen, um im Falle einer Panik gemeinsam für die Verbindlichkeiten eines einzelnen Mitglieds zu garantieren. Als dieses System während der Bankenkrise 1907 an seine Grenzen geriet und viele gesunde Institute nur durch Liquiditätsspritzen von J.P. Morgan, John D. Rockefeller und anderen gerettet werden konnten, wurde klar, dass staatliche Regulierung notwendig war. Es wurde das Federal Reserve System aus der Taufe gehoben, das alle Finanzinstitute dazu zwang, ausreichend Reserven bereitzuhalten und ihre Geschäftsbücher für Regulierungsbehörden öffentlich zu machen. So wurde das Bankensystem stabilisiert, doch nach einer Serie von Kreditausfällen aufgrund einer schweren Rezession kam es zum Beginn der dreißiger Jahre zum bis dato schwersten Bankenansturm der Geschichte und es zeigte sich, dass die Sicherung noch nicht ausreichend war. Daraufhin wurde das Bankensystem aufgeteilt in Depositenbanken, die Einlagen von Kunden annahmen, und Investmentbanken, die dies nicht taten. Ersteren wurden strenge Regeln bezüglich der zulässigen Risiken auferlegt und – noch viel wichtiger – die Einlagen durch den Staat versichert (vgl. Krugman 2009, S180-184). Mit einiger Verzögerung folgten andere Länder zunächst auf freiwilliger Basis diesem Beispiel Amerikas, die EU erlegte später all ihren Mitgliedstaaten eine entsprechende Regelung verpflichtend auf. Seitdem mussten die Steuerzahler nicht selten für die Einlagen von insolventen Banken aufkommen, doch das Zeitalter der 'Bankenruns', das so viele Finanzkrisen gesehen hatte, schien ein für alle Mal vorbei. Die Regierungen der Industriestaaten hatten das Richtige getan und so gleichzeitig die Einlagen der Sparer abgesichert sowie die erlaubten Risiken für Banken beschränkt. Später wurde – unter dem Einfluss der wachsenden Macht der Finanzbranche und von neoliberalen Regierungen – wieder dereguliert. Die Einlagensicherung blieb, doch es war möglich riskante Geschäfte über Investmentbanken abzuwickeln und sie sogar außerhalb der Bilanz zu halten. Das Ergebnis dieses Trends konnten wir in den letzten Jahren beobachten.

Die Europäische Union hat, um die Auslöser der aktuellen Finanzkrise zu evaluieren, einen Weisenrat aus acht Experten gegründet. Als Ergebnis werden das rasch wachsende Kreditvolumen, reichliche Liquidität, niedrige Zinsen und globale Ungleichgewichte verantwortlich gemacht. Zudem haben die Regulierungs- und Aufsichtsbehörden versagt. Das Risikomanagement der Banken wurde überbewertet und somit die vorzuhaltenden Eigenkapitalreserven zu niedrig angesetzt. Die Deregulierungspolitik der Regierungen hat also auch in Europa einen entscheidenden Beitrag zum Entstehen der Finanzkrise geleistet (vgl. Best 2009, S. 159). Kein Wunder,

wenn man bedenkt, dass die öffentlichen Haushalte der Industriestaaten seit Jahren in immer größerem Ausmaß fremdfinanziert werden. Da die Mittel hierfür von den Finanzmärkten bereitgestellt werden, ist die Komplizenschaft von Staat und Kapital fast schon logische Konsequenz. Aus philosophischer Sicht hat der Staat hier die platonische Fürsorgepflicht für das Wohl seiner Bürger verletzt. Zudem zeigt sich, quasi als Beleg für Platons und Aristoteles gemeinsame These, dass das Streben nach mehr Reichtum als zur Bedürfnisbefriedigung (oder für bescheidenen Wohlstand) notwendig wäre und die daraus folgende, sich verselbstständigende Expansion des Staates (in finanzieller Hinsicht) nur selten zu Gutem führt. Dabei wäre hier die reine 'Expansion der Ansprüche' an den Lebensstandard alleine noch kein Problem gewesen. Dieses ergibt sich erst durch die Aufnahme von Schulden und den dadurch bedingten Verlust der Unabhängigkeit, die es mindestens erschwert Entscheidungen zu treffen, die der Bevölkerung (und somit langfristig dem Staat selbst) dienen.

Es verstärkt sich somit der Eindruck, dass die Politik zum Werkzeug der Finanzinstitute wurde. Fraglich ist, ob dies der Tatsache geschuldet ist, dass Banken tatsächlich eine so bedeutende Rolle für unsere Wirtschaft spielen oder ob die erfolgreiche Lobbyarbeit der Branche dieses Bild gezeichnet hat. Bezieht man die Spenden aus dem Finanzlager, die jährlich besonders an die kapitalfreundliche CDU und die wirtschaftsliberale FDP fließen, in die Überlegung mit ein, kommt - bei aller Legalität dieser Unterstützung - sogar der bittere Gedanke an geschuldeter Handlungslenkung auf. In diese Kerbe zielt auch die Forderung der Linken (die – wenig überraschend – keinerlei Spenden von Banken erhält), Parteispenden von juristischen Personen gänzlich zu verbieten. Auffällig ist hier besonders, dass die FDP, die 2007 in der Opposition war, von den drei aufgeführten Banken sehr großzügig bedacht wird. Sie ist die Partei, mit der liberalsten Einstellung zur Wirtschaft. Natürlich ist die Spendenproblematik kein rein deutsches Problem: Auch in den USA hat FIRE (Finance, Insurance, Real Estate; Abkürzung für die Gesamtheit der Finanzunternehmen in den Staaten) allein für die Wahlen im Jahr 2008 rund 146 Millionen US-Dollar gespendet. Das ist fast doppelt so viel wie die Unterstützung von Anwälten und Lobbyisten und mehr als dreimal so viel wie die Spenden der Gewerkschaften (vgl. Janszen 2009). Möchte man nicht so weit gehen, der Bundesregierung Käuflichkeit vorzuwerfen, muss man angesichts der vielen Versäumnisse doch zumindest von der Inkompetenz der Regulierungsbehörden ausgehen. Die öffentliche Bankenaufsicht hat Risiken unterschätzt oder erst gar nicht erkannt und der nationale Datenaustausch war ineffizient. Auch das blinde Vertrauen in die Bewertungen der Rating-Agenturen, die ja immerhin von den Kreditinstituten bezahlt werden, zeugt von mangelndem Verständnis der Materie (vgl. Best 2009, S. 160).

Darüber hinaus haben die Regierungen der Industrieländer ihre Finanzbranche dazu erzogen, Risiken ihrerseits auf die leichte Schulter zu nehmen. Denn wann immer in der Geschichte ein bedeutendes Institut kurz vor dem Zusammenbruch stand, war der Staat mit Steuergeldern zur Rettung bereit. Eine wirkliche Wahl hatte er dabei freilich nie, doch dieses Dilemma ist selbst produziert. Würde die Politik endlich verstehen, dass die Zockerei im weltweiten Kasino der Finanzmärkte inzwischen viel zu weit von der Realwirtschaft entfernt stattfindet, um ihr noch irgendeinen Nutzen zu bringen, und aufhören, notwendige Einlagenbanken mit Investmentbanken zu verwechseln, stünde einer angemessenen Regulierung nichts mehr im Weg. Denn es ist hauptsächlich das Schattenbankensystem mit seinen Investmentbanken und der Möglichkeit riskante Geschäfte außerhalb der Bilanzen laufen zu lassen, das den Zusammenbruch des Systems verursacht hat. Auch der Glaube, der Devisenhandel sei zum Beispiel zur Absicherung realer Transaktionen zwischen verschiedenen Währungsgebieten notwendig, hat mit der Realität nur noch wenig zu tun. Tatsächlich werden fünfundneunzig Prozent der weltweiten Devisengeschäfte von Spekulanten durchgeführt und das ist – wie auch die jüngste Euro-Währungskrise gezeigt hat – schädlich für die Realwirtschaft, ja für ganze Staaten (vgl. Flassbeck 2009).

Nach dieser eher allgemeinen Beschreibung der „Komplizenschaft von Staat und Kapital“ (Hengsbach 2009) soll die Situation am Finanzplatz Deutschland unmittelbar vor und während der aktuellen Wirtschaftskrisen beleuchtet werden. Schon zu Zeiten der rot-grünen Koalition wurden die Beschränkungen für den Börsenhandel aufgeweicht sowie der Derivatehandel zugelassen. Zudem wurden die Gewinne von Banken aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen von der Steuerpflicht befreit und die Verbriefung von Krediten (die in den USA ja wesentlich zur Bildung der Immobilienblase beigetragen hat) steuerlich begünstigt. Auch nach dem Regierungswechsel 2005 wurden von der großen Koalition Finanzdienste gefördert und Kapitalbeteiligungsgesellschaften steuerlich privilegiert behandelt. Als mit dem Fall von Lehman Brothers 2008 die Ausmaße der Finanzkrise langsam transparent wurden und auch hierzulande die ersten Banken ins Straucheln gerieten, griff der deutsche Staat beherzt nach dem Feuerlöscher und half den Finanzinstituten mit Bürgschaften und Krediten auf Kosten des Steuerzahlers aus. Andere Lösungsmöglichkeiten wurden mit dem späteren Unwort des Jahres 2010 'alternativlos' weitgehend abgeschmettert. Besonders brisant ist die Tatsache, dass an der Entwicklung des staatlichen Bankenrettungsplans maßgeblich Vertreter der Branche beteiligt waren, die jetzt immerhin als befähigt angesehen wurden, das Schlamassel, das zu verhindern sie nicht in der Lage waren, aufzuräumen. Dass dabei statt einer solidarischen Interbankenrettung ein staatlicher Rettungsschirm herauskommt, braucht nicht weiter zu

verwundern (vgl. Hengsbach 2009). Es ist selbstverständlich nun nicht mehr zu belegen, dass es auch andere Möglichkeiten gegeben hätte, um den vollständigen Kollaps zu verhindern – doch die Regierung eines demokratischen Landes hätte zumindest die Verpflichtung gehabt, öffentliche Diskussionen zuzulassen und andere Optionen zu prüfen bevor sie sich zu Gunsten der Finanzbranche in so hohe Schulden stürzt, dass noch künftige Generationen von Steuerzahlern dafür aufzukommen haben. Insbesondere, da die Banken bis dahin vermutlich längst wieder am Roulettetisch ihres Kasinos sitzen und um die nächsten Milliarden spielen werden.

5. Der alte Konflikt: Kapital vs. Arbeit

Der Machtkampf zwischen Arbeitern und den Eigentümern von Produktionsgütern und Geld ist so alt wie die Industrialisierung. Heute scheint er nicht nur in Schwellenländern entschieden, bedenkt man die Auswirkungen, die ein Beben auf den Finanzmärkten auf das Leben von Arbeitern und Angestellten hat: Das Kapital siegt. Wie es dazu kam und ob diese Entwicklung reversibel ist, soll dieses Kapitel klären.

5.1 Geschichte

Der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital entstand während der Industrialisierung im 18. und 19. Jahrhundert. Der Wandel von der Agrarwirtschaft zur Industrie wurde durch den Einsatz von Kapital für den Kauf von Produktionshallen und den auf neuen Erfindungen basierenden Maschinen erst ermöglicht. Die Menschen, die vormals zum Großteil ihre eigenen landwirtschaftlichen Güter bestellten und dazu - wenn überhaupt - relativ wenig Personal von außerhalb der Familie benötigten, zogen zunehmend in die Städte, um sich in einer der neuen Fabriken zu betätigen. Dadurch entstand erst die abhängige Erwerbsarbeit wie wir sie heute kennen. In dieser Anfangszeit des Konflikts lag die Macht klar auf Seiten des Kapitals. Durch die wachsende Bevölkerungszahl, die vom Land in die Werkshallen der Ballungsräume strömten, wurden Arbeiter zunehmend austauschbar und mussten sich mit niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen zufrieden geben. Ende des 19. Jahrhunderts verbesserte sich die Situation in Deutschland aufgrund von Bismarcks Sozialgesetzgebung und der Gründung der ersten Arbeiterparteien. Einige Unternehmer gewährten ihren Arbeitern darüber hinaus freiwillig Vergünstigungen wie etwa Werkwohnungen oder günstige Einkaufsmöglichkeiten (vgl. Currlin k.D.). Im Folgenden wurden verschiedene Gewerkschaften gegründet, die Arbeiter wurden sich ihrem Einfluss auf die Unternehmer immer bewusster und um 1914 gab es bereits Streiks

der Metall-, Berg- und Werftarbeiter. In der Vorzeit des Nationalsozialismus wurden zudem einige Gesetze erlassen, die die Position der Arbeitervertretungen weiter stärkte. Eine erneute Machtverschiebung zu Gunsten des Kapitals ist der Regierung Hitler anzulasten, die die freien Gewerkschaften 1933 zerschlug. In der Nachkriegszeit formierten sich diese jedoch neu und erstarkten unter anderem durch eine Reihe gesetzlicher Regelungen wie dem Tarifvertragsgesetz Ende der vierziger Jahre gegenüber den Unternehmern. In der Folgezeit verbesserten sich die Arbeitsbedingungen immer weiter und wurden nach der Wiedervereinigung auch auf den Osten Deutschlands übertragen (vgl. Karch 2001). Dieser Machtzuwachs auf Arbeiterseite war neben großem Engagement für soziale Gerechtigkeit von Seiten der Betroffenen und des Staates, vor allem dem europaweiten (und auch amerikanischen) Arbeitskräftemangel in den sechziger Jahren geschuldet. Die Nachfrage nach Arbeitern war größer als das verfügbare Angebot. Um dem Problem Herr zu werden, wurden dies- und jenseits des Atlantiks die Einwanderungsbestimmungen gelockert und so die nationale Arbeiterschaft durch Immigranten verstärkt. Außerdem verringerte die technologische Weiterentwicklung kontinuierlich den Bedarf an Arbeitern.

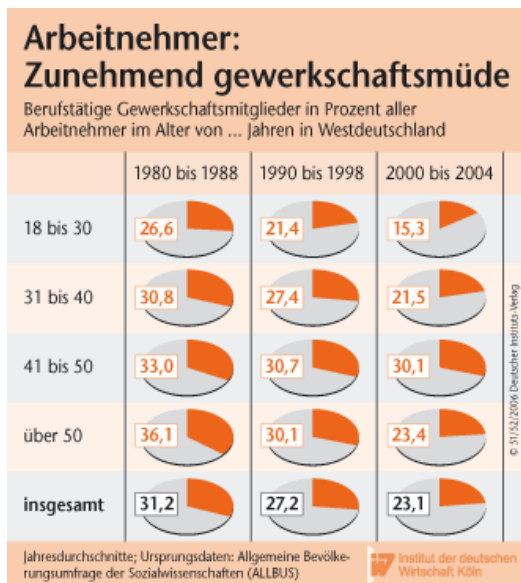


Abbildung 1: Arbeitnehmer: Zunehmend gewerkschaftsmüde (Institut der deutschen Wirtschaft Köln 2006)

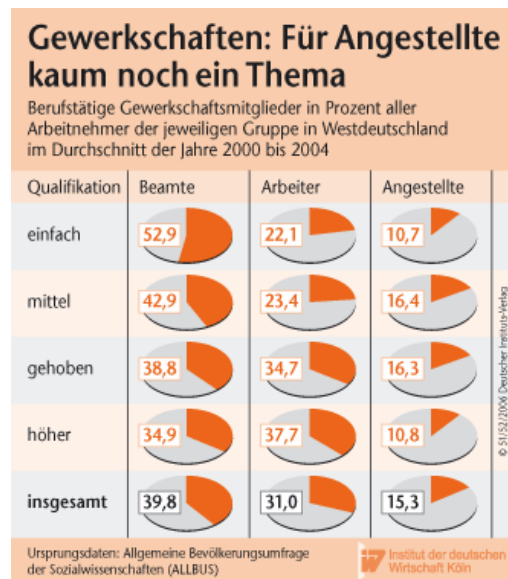


Abbildung 2: Gewerkschaften: Für Angestellte kaum noch ein Thema (Institut der deutschen Wirtschaft Köln [2006])

In Verbindung mit arbeitgeberfreundlichen Regierungen in Europa und den USA und der Abwanderung von Arbeitsplätzen im Zuge der Globalisierung, wurde so das über Jahre aufgebaute, relative Machtgleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital wieder aufgeweicht (vgl. Harvey 2009). Entgegen des zu erwartenden Runs auf die Gewerkschaften, um die

Arbeitnehmerposition erneut zu verbessern – wenn schon nicht dem alten Niveau anzugleichen – verloren die Gewerkschaften auch noch Mitglieder und somit noch mehr Macht. Seit 1980 fiel der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten um fast zehn Prozent (s. Abbildung 1). Auch hat ihr Ansehen selbst unter Arbeitnehmern inzwischen stark gelitten. Insbesondere ist dies unter Angestellten der Fall: Sie sind, wie Abbildung 2 zeigt, nur zu einem verschwindend geringen Teil Mitglieder einer Gewerkschaft. Diese liegt einerseits sicherlich daran, dass der Wohlstand in Deutschland noch nicht unter ein annehmbares Maß gefallen ist. Der Großteil der arbeitenden Bevölkerung scheint mit seinem Einkommen zufrieden zu sein – oder zumindest noch nicht unzufrieden genug, um einen Kampf für die Umkehr der Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit als lohnenswert anzusehen. Andererseits mag auch das starke Streben nach Individualität, das in der modernen Welt ein wesentliches Ziel für die meisten Menschen ist, die Zugehörigkeit zu einer Organisation wie der Gewerkschaft unattraktiv erscheinen lassen (vgl. Zacher 2000). Vielleicht fehlt es auch am Glauben daran, dass IG Metall und Co. wirklich etwas gegen die Finanzmacht der Unternehmer und die Konkurrenz durch billige Arbeitskräfte in Niedriglohnländern ausrichten können.

Unabhängig davon, was letztendlich die Kapitulation der Arbeit vor dem Kapital ausgelöst hat, etwa ab dem Jahr 1985 sahen sich Unternehmer nicht mehr mit einem Arbeitskräftemangel konfrontiert. Global gesehen steht ihnen eine Arbeiterschaft zur Verfügung, die bei Weitem groß genug ist, um den Bedarf zu decken. Als Konsequenz sanken oder stagnierten die Löhne und somit die Kaufkraft der Konsumenten. In einem Land wie Deutschland, dessen Wirtschaft vom Export von Investitionsgütern getragen wird, hat eine solche Entwicklung zunächst nur marginale Rückwirkungen auf die Unternehmen. Ganz anders zum Beispiel in den USA. Konjunkturmotor dort ist der Binnenmarkt für Konsumgüter und dessen Absatzvolumen schrumpft im Zuge einer Kaufkraftverringering der Konsumenten (vgl. Harvey 2009). Das Kapital schadete sich in unserer modernen, vernetzten Wirtschaft also mitunter selbst, indem es seine Macht gegenüber den Arbeitern und Angestellten zu deren ‚Ausbeutung‘ benutzte.

5.2 Aktuelle Situation und zukünftige Entwicklungen

Interessanterweise fanden in den achtziger Jahren zwei scheinbar unabhängige Entwicklungen gleichzeitig ihr Ende: Das Kapital hatte einen Weg gefunden, sich mit mehr als genug Arbeitskraft zu versorgen, und man beobachtete die fortschreitende Ablösung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft, die Entstehung des Kasinokapitalismus. Beides besteht bis heute fort, hat sich eher noch verstärkt und ist ein deutlicher Beleg dafür,

„dass das Kapital über der Arbeit steht und die Arbeit vom Kapital beherrscht wird“, so Fritz Vogt, Geschäftsführer einer Genossenschaftsbank im Landkreis Schwäbisch-Hall, in einem Interview (Yesilgöz 2010).

So unabhängig diese beiden Geschehnisse in unserer Wirtschaft jedoch auch auf den ersten Blick wirken mögen, so abhängig sind sie in Wirklichkeit. Sie bedingen sich gegenseitig und haben Katalysatorwirkung für das jeweils andere. Um diese Zusammenhänge zu verstehen, muss man sich zuerst das durch den Arbeitskräfteüberschuss ausgelöste Absatzproblem auf dem amerikanischen Konsumgütermarkt betrachten. Hier entsteht durch niedrige Löhne eine Kluft zwischen den tatsächlichen Konsumausgaben der Haushalte und den Umsätzen, die zur Erfüllung der Gewinnerwartung der Unternehmen notwendig wären. Eine Lösung für dieses Problem, liefert die Finanzbranche in Gestalt von Kreditkarten und einer gelockerten Kreditvergabe an Privatpersonen; mit Erfolg. Die Ausgaben der Amerikaner bleiben nicht nur auf ihrem Niveau, sie steigen sogar. Gleichzeitig nimmt in logischer Konsequenz die private Verschuldung signifikant zu: Noch 1980 lag sie für einen amerikanischen Durchschnittshaushalt bei 40 000 US-Dollar, im Jahre 2009 waren es bereits 130 000 US-Dollar (vgl. Harvey 2009). Das Ungleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital wird dadurch gleich zweifach verschärft: Durch ihren Verschuldungsgrad sind die Beschäftigten noch abhängiger von ihrem Arbeitgeber, da sie bei Verlust der Arbeitsstelle ihre Schulden nicht mehr bedienen könnten. Zudem bereichern sich Banken und Investoren, also das Kapital, durch die Zinszahlungen der Arbeiter und Angestellten. Natürlich bleibt die Idee der Konsumentenkredite nicht der Neuen Welt vorbehalten: Sie beginnt ihren Siegeszug in den Rest der Welt von hier aus. Ironischerweise begreift die arbeitende Bevölkerung überhaupt nicht, in welchem Abhängigkeitsverhältnis sie sich befindet. Angesichts des mit geliehenem Geld finanzierten, gestiegene Lebensstandards und guter Konjunktur, fühlen die Menschen sich relativ wohlhabend und sehen wenige bis gar keine Gründe gegen das Kapital aufzubegehren. Im Gegenteil. Die Arbeiter sind zufrieden und die Banken suchen nach immer neuen Möglichkeiten, aus Geld noch mehr Geld zu machen. Wer also Kapital besitzt, wird immer noch reicher und sieht sich bald mit einem echten Luxusproblem konfrontiert: Wohin mit dem ganzen Geld? Die nahe liegende Lösung für Unternehmer, die Überschüsse an die Angestellten weiterzureichen und in den Fortbestand des Betriebs zu investieren, wird aufgrund der geringen Rendite verglichen mit den Gewinnen auf den Finanzmärkten, häufig nicht in Betracht gezogen. Deshalb erfinden schlaue Banker immer neue Instrumente, um das Geld ihrer Kunden anzulegen und entziehen es so der Realwirtschaft. Kasinokapitalismus in Reinform. Diese vereinfachte Erklärung verdeutlicht die Zusammenhänge zwischen den abhebenden Finanzmärkten und

Machtmissverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit recht gut. Bezieht man nun die offensichtliche Bedeutung der Finanzbranche in unserem Wirtschaftssystem mit in die Überlegung ein, wird klar wie vernichtend das Kapital die Arbeit in diesem jahrhundertalten Konflikt geschlagen hat. Wenn man sich die Auslöser der aktuellsten oder auch der vergangenen Finanzkrise ansieht, wird allerdings schnell klar, dass das Kapital nicht so unabhängig von der Realwirtschaft ist, wie es in guten Zeiten den Eindruck erweckt. Wenn die Finanzmärkte in regelmäßigen Abständen kollabieren, hat das immer auch Auswirkungen auf alle anderen Märkte und beeinflusst somit den Lebensstandard der Arbeiter. Selten freilich geschah das im gleichen Ausmaß wie in den letzten Jahren, als die Allgemeinheit mit Steuergeldern, Verlust des Arbeitsplatzes und Einkommenseinbußen für die Fehler des Kapitals bezahlen musste.

Fraglich ist nun also, wie und ob sich das Verhältnis Arbeit zu Kapital in Zukunft verändern wird. Aus gesellschaftlicher Sicht ist eine Veränderung unbedingt notwendig, schon alleine deshalb, weil der Großteil der Bevölkerung nun einmal dem Lager Arbeit angehört und nur ein kleiner Teil das Großkapital vertritt. Aber auch viele Wirtschaftswissenschaftler plädieren inzwischen dafür. Gründe gibt es viele: Zum einen kann es durch nichts gerechtfertigt werden, dass eine Handvoll Schwerreiche mit ihren riskanten Investitionen letztendlich den Wohlstand vieler gefährden. Insbesondere dann nicht, wenn sie die Gewinne für sich einstreichen, die Verluste aber, wie jüngst geschehen, der Allgemeinheit aufbürden. Zweitens geht die Bewertung von Kapital und Arbeit weit an der Realität vorbei. Der Faktor Arbeit sollte aufgewertet und der Faktor Kapital abgewertet werden. Denn ersterer ist im Gegensatz zu den fiktiven Milliarden, die an den Finanzmärkten verschoben werden, real. Geld dagegen ist letztendlich nur „Illusion, Magie, (...), denn es funktioniert nur, wenn man an den 'Schein-Wert' des 'Geld-Scheins' glaubt“ (Yesilgöz 2010). Und tatsächlich ist Kapital inzwischen nicht viel mehr als das: Wo früher Kapital in Maschinen und Fabriken investiert wurde und ihm so ein realer Wert verliehen wurde, hat es sich heute durch die Investition in kreative Finanzinstrumente immer weiter von echten Bestandwerten entfernt und kann auch nicht mehr in solchen aufgewogen werden. Um die Verhältnisse zu Gunsten der arbeitenden Bevölkerung also zu verbessern, muss dem Kapital zunächst wieder ein Wert beigelegt werden, der seiner tatsächlichen Funktion besser entspricht: Geld war ursprünglich Tauschmittel, man konnte dafür ein Gut oder eine Dienstleistung einkaufen. Heute ist der Besitz von Geld zu oft Selbstzweck, ein Umstand den übrigens schon Platon verurteilte: Seiner Meinung nach bedürfen „Besitz und Eigentum (...) der Beziehung auf einen Sinnhorizont der Vernunft“ (Hoffmann 2009, S. 32). Eben jene scheint der Finanzwelt jedoch verloren gegangen zu sein.

Wie genau das Wertverhältnis zwischen Arbeit und Kapital nun korrekterweise zu bewerten ist, kann und soll im Rahmen dieses Beitrags aber nicht weiter erörtert werden. Vielmehr soll auch aus wirtschaftsphilosophischer Perspektive aufgezeigt werden, wie der Konflikt im Interesse aller entschärft werden könnte. Und 'im Interesse aller' ist auch schon der Schlüssel zur Lösung des Problems. Es ist notwendig, dass ein Umdenken in unserer Gesellschaft stattfindet. Lange feierten wir den Individualismus als *die* Errungenschaft unserer modernen Lebensweise, allerdings haben wir uns dabei zu weit von kollektiven Denkweisen entfernt. Anstatt an das Wohl aller, denkt jeder an sich und kämpft für die eigenen Interessen, nicht selten auf Kosten anderer. So denkt wer Geld hat, nur daran, wie er es möglichst schnell vermehren kann und wer arbeitet, verliert über den eigenen wirtschaftlichen Zielen gerne die Interessen des Unternehmens, für das er tätig ist, aus den Augen. Jeder tut was er will, ohne an die Konsequenzen für Einzelne oder die Gesellschaft zu denken. Platon erkannte darin, die Charaktereigenschaften eines tyrannischen Menschen (vgl. Hoffmann 2009, S. 33). Ganz neu ist dieser Gedanke übrigens nicht: Während der Rezession der vergangenen Jahre in Deutschland konnte man schon recht häufig beobachten, wie Menschen die eigenen Interessen hinter denen der Allgemeinheit zurückstellten. So verzichteten Millionen Arbeitnehmer, auch freiwillig, auf Gehaltszulagen oder sogar auf Teile ihrer Lohns, um ihrem Unternehmen durch die Krise zu helfen. Der Anfang ist also gemacht. Leider von Seiten der ohnehin aktuell schwächeren Partei, der Arbeit. Wünschenswert wäre nun, dass das Kapital mit den im Aufschwung generierten Überschüssen, nicht nur für den Verzicht entschädigt, sondern darüber hinaus auch angemessene Lohnerhöhungen gewährt. Zeitgemäß ist der Konflikt Arbeit vs. Kapital ohnehin nicht mehr, jedenfalls nicht in den reichen Industrieländern. Es mangelt nicht am Wohlstand – nur am Wohlstand für alle. Ein Ausgleich wäre möglich in diesen Zeiten, in denen die (Real-)Wirtschaft langfristig Gewinne erwirtschaftet. Diese Überschüsse könnten sie, anstatt in abstruse Finanzinstrumente, in ihre Belegschaft investieren. Nebenbei würde so das Volumen der Finanzmärkte schrumpfen und sich eventuell langsam wieder der Realwirtschaft annähern.

6. Anatomie der Gier

Die Gier ist *der* Schuldenbock für die Finanzkrisen im neuen Jahrtausend. Nicht nur für die aktuelle Krise, sondern auch schon für die Rezession nach dem Platzen der Dotcom-Blase zu Beginn dieses Jahrtausends. *Wer* da so gierig war, ist in der Vorstellung der Medien und der Gesellschaft eindeutig. Banker und Spekulanten sind die Bösewichte, die mit ihrem Streben nach immer höheren Gewinnen und immer mehr Geld die globalen

Finanzmärkte erst aufgebläht haben, um sie anschließend kollabieren zu lassen. Die Gier nach größerem Reichtum ist auch einer der Hauptbeweggründe für Menschen im Kasino, um Geld zu spielen oder in Wettbüros zu gehen. Ohne die Habgier würden Börsen – wenn überhaupt noch existent – zumindest mit deutlich geringeren Volumina handeln, könnten Banken aufhören, ihre Kreativität an die Entwicklung immer neuer Finanzspielzeuge zu verschwenden. Setzt man voraus, dass unser global vorherrschendes Wirtschaftssystem Kasinokapitalismus heißt, kann die Gier als Treibstoff unserer Ökonomie begriffen werden und ist damit sicher auch ein wichtiger Grund für das wiederholte Systemversagen. Das alles ist Anlass genug, die Gier einmal genauer zu untersuchen.

6.1 Kopf im Geldrausch

Gier ist ein Gefühl, das sowohl neurologisch als auch psychologisch erklärbar ist und gerade in jüngster Zeit auch wieder häufig von Experten diskutiert wird. Exklusives Vorrecht auf sie haben die Menschen. In der Tierwelt ist es dagegen unbekannt: „Zebras sind gute Löwenkenner. Wenn sie sehen, dass der Herr der Savanne grunzend im Gras döst, tänzeln sie furchtlos vor seiner Nase herum – ein satter Löwe ist ein ungefährlicher Löwe. Beim Homo sapiens ist die Sache umgekehrt: Ein satter Mensch ist ein gieriger, also gefährlicher Mensch. Je satter, desto gieriger – sagen Psychologen, Neurologen und Soziologen. Gertrud Höhler, Wissenschaftlerin und Unternehmensberaterin: ‚Gier macht nicht satt, sondern hungrig – und süchtig. Sie ist eine ansteckende Krankheit‘“ (Flohr k.D.). Die Gier nach Geld ist dabei eng verwandt mit der Lust auf Sex oder dem Kick nach einer Prise Kokain. In unserem Gehirn sind sowohl beim Orgasmus als auch bei Kauf einer Aktie zu einem besonders günstigen Preis die gleichen neuronalen Netzströme aktiv. Zu diesem Ergebnis kam Brian Knutson, Professor für Neurologie und Psychologie an der Stanford University im Jahr 2004. Er hat in einem Versuch Studenten an einen Kernspintomographen angeschlossen, während sie Aktiengeschäfte tätigten. In dem Teil des Gehirns, in dem Freude und Begierde empfunden wird, pulsierte das Blut. Wenn diese Impulse besonders stark sind, kann dieses Gefühl den rationalen Verstand überdecken und so zu irrationalen Entscheidungen führen (vgl. Anon 2006). Gier gründet sich also auf den Belohnungseffekt des Gehirns. Positive Erwartungen, gleich welcher Art, aktivieren ein bestimmtes Zentrum im Kopf und danach ist es völlig gleichgültig, in welcher Form die Belohnung erfolgt. Habgier ist demnach eng verwandt mit jeder Art der Drogensucht. Die Sucht sitzt dabei im Nucleus Accumbens, dem Suchtknubbel des Gehirns, er wird beim Genuss von Alkohol oder Drogen aktiv. Neurowissenschaftler der

Harvard-Universität haben herausgefunden, dass er auch beim Spiel um echtes Geld reagiert. Je höher der erwartete Gewinn, desto intensiver die Reaktion. Interessanterweise scheint die Aussicht auf einen Gewinn – also die Gier aufs Geld – stärkere Impulse auszulösen als der tatsächliche Besitz des Geldes. Liegt das erst einmal auf dem Konto, übernimmt die Vernunft wieder das Zepter. Finanzielle Verluste lösen übrigens die gleichen Reaktionen aus wie körperliche Schmerzen. Will man die Fehlentscheidungen vieler Banker und Spekulanten im Vorfeld der aktuellen Finanzkrise verstehen, hilft die Neurowissenschaft also auch weiter. Hirnforscher glauben, dass ein hohes Risiko verbunden mit großen Gewinnerwartungen die positiven Reaktionen im Kopf noch verstärkt. So ist es zu erklären, dass Banker weiterzockten als längst klar war, dass sie Verluste einfahren würden. Die Aussicht auf Reichtum übertrifft Verlustängste. (vgl. Elsner 2008). Die Faszination, die Spekulanten beim Spiel an der Börse empfinden, ist somit wissenschaftlich erklärbar. Und klar wird auch, warum selbst große Verluste das Glücksrad nicht stoppen können. Die Voraussetzungen für den Aufstieg des Kasinokapitalismus scheinen in unseren Gehirnen vorprogrammiert gewesen zu sein.

6. 2 Volkskrankheit Habsucht

Dem Fehlen der Neurowissenschaft zu Zeiten des Alten Testaments ist es wohl anzulasten, dass die Bibel Habgier als ein zu verurteilendes Gefühl identifiziert und es in die Riege der sieben Todsünden einreihet. Jedoch nimmt sie auch im deutschen Strafrecht als Tatbestandsmerkmal eine besondere Rolle ein. Kann Gier als Tötungsmotiv nachgewiesen werden, wird aus Totschlag schnell Mord. Auch in der Sprache ist Gier eher negativ behaftet: Wir nennen jemanden Raffzahn und umgangssprachlich auch 'Gierschlund', wenn er nicht genug von etwas bekommen kann – und wollen ihm damit kein Kompliment machen. Umso erstaunlicher deshalb, dass Habgier in der Realität sehr wohl als Tugend begriffen wird. Häufig wird dem gleichen Tatbestand einfach ein anderes Etikett aufgedrückt und schon ist es moralisch nicht mehr verwerflich. Wir sehen auf zu Menschen mit viel Geld, reagieren mit einer Mischung aus Bewunderung und einer weiteren biblischen Todsünde: Neid. Und der bedeutet ja immerhin nichts anderes, als das wir selbst gerne hätten, was der andere schon besitzt. In unserer Gesellschaft ist mehr wert, wer mehr hat. Deshalb wollen wir alle das größte Haus, das teure Auto, die exklusive Kleidung und den Luxusurlaub. Weil Lebensglück erwiesenermaßen nicht mit materiellem Reichtum zusammenhängt (vgl. Elsner 2008), müssen die Gründe für dieses Verlangen weit banaler sein. Sind die Grundbedürfnisse Nahrung und Wohnung erst einmal gedeckt, steigen unsere Ansprüche unendlich an. Kaum haben wir uns einen

Wunsch erfüllen können, haben wir auch schon den nächsten auf der Agenda. Positiver Nebeneffekt des zur Schau gestellten Wohlstands ist der immanente Machtzuwachs. Wer viel hat, hat auch viel geleistet, glauben wir und vertrauen ihm gerne einflussreiche Posten in Wirtschaft und Politik an. Machtstreben kommt demnach als zugrunde liegendes Motiv für Gier in Betracht. Doch es gibt noch viele andere Beweggründe für die Gier nach mehr. Genannt sei beispielsweise das Bedürfnis, für 'schlechte Zeiten' oder das Alter vorzusorgen oder auch die bloße Freude am Besitz schöner (teurer) Dinge. Es können jedenfalls die wenigstens Menschen glaubhaft von sich behaupten, diesem Verlangen nach materiellem Reichtum nicht zu erliegen. Und das müssen sie auch nicht. Denn wer sagt, er möchte mal Millionär werden, wird heute nicht mehr kritisch beäugt, sondern verstanden und teilt dieses Ziel mit nicht wenigen anderen. Das Sprichwort 'Geld verdirbt den Charakter' hat zumindest in der Wahrnehmung der Menschen an Relevanz verloren. Definiert man Habsucht dennoch wie in der Überschrift als eine Krankheit, dann handelt es sich in der Tat um eine Volkskrankheit; verbreitet wie kaum eine zweite. Symptomatisch ist der „Gigantismus unserer Zeit“ (Yesilgöz 2010), die prominentesten Patienten sind die Arabischen Emirate. Manch einen beschleicht ein diffus ungutes Gefühl beim Anblick einer Skihalle oder einer Eislauffläche im Shoppingcenter mit Gold- und Marmorinterieur. Und das alles in einem Land, in dem Temperaturen von fünfzig Grad Celsius keine Seltenheit sind. Kranke Faszination muss die Jury der FIFA bei der Ernennung Katars als Austragungsort für die Fußballweltmeisterschaft 2022 überwältigt haben. Beim Gedanken an vollklimatisierte Fußballstadien mitten in der Wüste liegen Vergleiche mit dem Größenwahn der Turmbauer zu Babel nahe. In dieser Größenordnung der Gier schlägt dann auch die Einschätzung der meisten Menschen eher in Bestürzung um – gemischt allenfalls noch mit widerwilliger Bewunderung für die tollkühnen Pläne. Die Akzeptanz von Gier in unserer Gesellschaft scheint demnach an ein Maximalausmaß gebunden zu sein, bei dessen Überschreitung sich die öffentliche Meinung ins Negative verkehrt. Das Verlangen nach mehr ist ironischerweise also nur so lange gesellschaftsfähig, wie 'mehr' nicht 'zu viel' ist. Die Grenze für den Einzelnen dürfte dabei irgendwo knapp über dem liegen, was er für sich selbst als realistisch erreichbar einschätzt und ist somit relativ. Für einen schlecht ausgebildeten Geringverdiener gilt vermutlich schon jeder als zu gierig, der ein Gehalt über 2000 Euro netto verlangt, während aus Sicht des Vorstandsvorsitzenden eines DAX30-Unternehmens erst ein Milliardär auf der Jagd nach noch mehr Geld gierig erscheint. Diese Relativität erklärt wohl auch, warum Banker und Spekulanten, vor der Krise noch die „Masters of the Universe“ (u.a. Krugman 2009, S.143), in der öffentlichen Meinung nun die bösen Buben schlechthin sind. Wenn der eigene gefühlte Wohlstand sinkt, werden diejenigen, die dazu

beigetragen und sich eine goldene Nase verdient haben schnell zum gierigen Sündenbock. Dann verurteilen wir die Gier der anderen, gieren aber selbst weiterhin nach mehr Geld, Reichtum, Luxus. Dieses Verhalten hat etwas von einem Alkoholiker, der sich abfällig äußert, weil sein Nachbar dreimal in der Woche betrunken nach Hause kommt. Wie können wir Banker verurteilen, wo wir doch alles selbst immer auf der Jagd nach der größten Rendite, dem höchsten Zinssatz für unsere Ersparnisse sind? Sind die Durchschnitts-Investmentbanker wirklich von Natur aus gieriger als 'normale' Menschen? Auf jeden Fall sind sie ehrgeizig, intelligent und leistungsstark und verfügen oft über eine besonders scharfe Auffassungsgabe für mathematische und wirtschaftliche Zusammenhänge. In der Regel planen sie ihre Karriere schon früh und bereiten sie detailliert vor: Sie wählen den passenden Studiengang und machen die richtigen Praktika. Sie arbeiten hart, um ihr Ziel zu erreichen. Das Ziel heißt Erfolg – auch finanzieller Art. Sie wollen viel Geld verdienen. Nur: Wer will das nicht. Der Grund warum die einen reich werden und die anderen nicht, ist demnach wohl kaum der größere Wunsch nach Reichtum. Es ist vielmehr der engagierte Arbeitseinsatz, der Durchsetzungswille, die Bereitschaft auf vieles andere zu verzichten (vgl. Best 2009, S. 181). Es ist nicht die übertriebene Gier. Die beschränkt sich nicht nur auf die Hochfinanz, sie zieht sich durch unsere ganze Gesellschaft. Eben eine wahre Volkskrankheit.

Allerdings bringt die Gier nicht nur das Schlechte im Menschen hervor. Wird der Impuls kontrolliert, ist er außerdem Leistungsansporn. Wer nach Belohnung für seine Leistungen giert, schafft mehr als andere. Hier ist die Gier Antrieb der Innovationskraft der Menschen, sie kann kreative Ideen hervorrufen, neue Technologien entwickeln. Sie motorisiert den Fortschritt der Menschheit. Würden wir diesen bremsen, indem wir die Gier ausschalten, hätten wir wohl bald noch größere Probleme als die Folgen der tobenden Gier an den Börsen (vgl. Hacker k.D.). Leichte Symptome unserer Volkskrankheit sollte also möglichst jeder Leistungsträger aufweisen. Kritisch zu beobachten ist nur der, dessen Gier außer Kontrolle gerät.

7. Endzeitenkasino: Ausverkauf der natürlichen Ressourcen

Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Bewältigung hat sowohl in den Medien als auch in der politischen Diskussion das eigentliche Reizthema dieses Jahrtausends verdrängt: Den Klimawandel sowie die Ressourcenknappheit und ihre Folgen für das Ökosystem der Erde. Dabei ist diese Problematik ja nicht unerheblich für den Fortbestand des Wirtschaftssystems, wie wir es kennen: Es beruht wesentlich auf der Ausbeutung

natürlicher Ressourcen – und so ist die Wirtschaft nicht nur (mit-)verantwortlich für unsere Umweltprobleme, sondern sie wird auch die Konsequenzen zu tragen haben. Leistungsstarke, praxisnahe Lösungen sind noch immer äußerst selten – und die wenigen guten sind politisch nicht durchsetzbar. Vor diesem Hintergrund muss man sich gerade auch im Hinblick auf die Finanzkrise die Frage stellen, wie überlebensfähig unser System ist und ob wir nicht gerade unsere letzten Münzen im selbst kreierten Endzeitenkasino verspielen.

7.1 Peak Oil

Dass das Öl nicht ewig reichen wird, sollte inzwischen auch dem Letzten klar geworden sein. Wann genau der 'Peak Oil', also der Erdölgipfel, ab dem die globale Fördermenge stetig schrumpft, erreicht sein wird ist dagegen strittig. Die Internationale Energieagentur (IEA) schätzt in einem Bericht von 2006, dass sich die Fördermenge in den nächsten rund zwanzig Jahren erhöhen ließe.

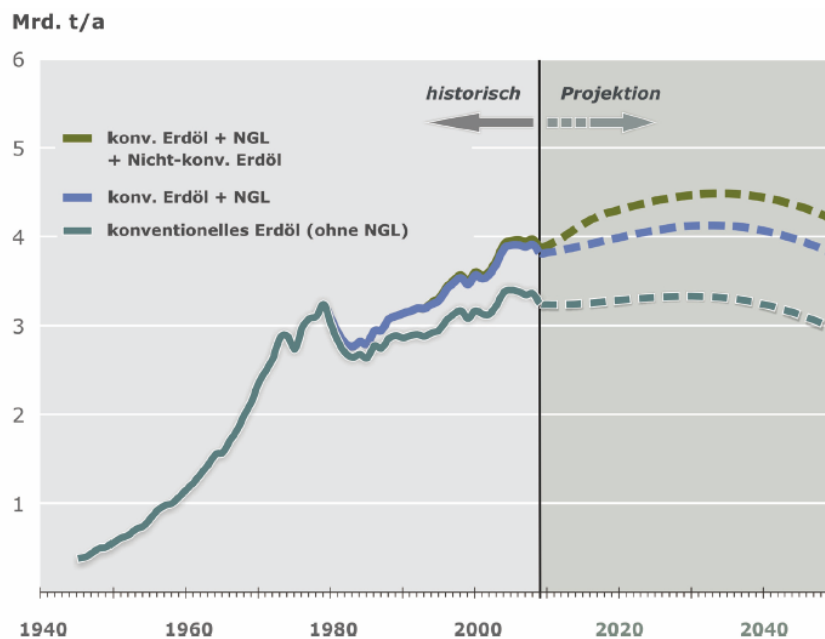


Abbildung 3: Historische Entwicklung der Erdölförderung und Projektion bis 2050 [Bundesanstalt für Geowissenschaft und Rohstoffe 2010, S. 18]

In Abbildung 3 ist die bisherige Entwicklung der Fördermenge dargestellt und durch eine Prognose für die Zukunft erweitert. Die mögliche Erhöhung bis etwa 2035 ist ebenso zu erkennen wie der darauf folgende zu erwartende Einbruch. Eine Abweichung von diesen Daten ist jedoch selbstverständlich möglich und hängt auch von einigen beeinflussbaren Größen wie dem Erdölpreis ab. Die Prognose ist optimistisch. Die internationalen Märkte jedoch trauen diesem Bericht offenbar nicht allzu viel Wahrheitsgehalt zu. Investitionen in

eine entsprechende Infrastruktur, beispielsweise in den Bau neuer Raffinerien, sind seit Jahren rückläufig. Die Ölindustrie betrachtet die Peak-Oil-Theorie schon seit etwa 2005 als Realität (vgl. Ritz & Wiesmann 2009), und aus gutem Grund, fragt man die 'Association for the Study of Peak Oil and Gas' (ASPO). Dort glaubte vor einigen Jahren die Mehrheit der Geologen nämlich, dass der Erdölgipfel im Jahre 2010 erreicht werden würde (vgl. ASPO 2007). Langfristig ist die Energieversorgung der Welt also nicht sichergestellt. Alternative fossile Energien wie Erdgas können die sinkende Erdölmenge nur beschränkt ausgleichen. Dies liegt zum einen daran, dass auch hier die Vorräte irgendwann zur Neige gehen werden und zum anderen an der schlechten Transportierbarkeit von Gasen. Erdgas wird fast ausschließlich auf Pipelines verteilt, der Seeweg ist teuer und die Methode noch nicht ausgereift. Somit können nur Länder auf Kontinenten mit großen Erdgasvorkommen wie zum Beispiel Europa ihren Energiebedarf damit decken. Verschlimmert wird die Situation durch den ständig wachsenden Energiehunger der globalisierten Welt, der gerade in den jüngeren Vergangenheit durch die aufstrebenden Wirtschaftsmächte China und Indien noch verstärkt wurde. Zumal in Schwellenländern die Energieausbeute generell geringer ausfällt, als in den früh entwickelten Industrieländern (vgl. Ritz & Wiesmann 2009). Abbildung 4 stellt die historische Entwicklung des globalen Energieverbrauchs dar und zeigt einen weiteren Anstieg in der Zukunftsprognose. Wir können also nicht langfristig so weitermachen wie bisher. Und das nicht nur, weil die exzessive Verbrennung fossiler Brennstoffe die Erdatmosphäre und unser Klima belastet, sondern vor allem weil irgendwann in nicht allzu ferner Zukunft der Punkt erreicht sein wird, an dem unser Energiebedarf nicht mehr vollständig zu decken ist. Und das bedroht nicht nur unser Wirtschaftssystem und unseren Lebensstandard, sondern auch unsere Lebensqualität in dieser hoch technisierten Welt. Es ist durchaus möglich, dass wir in den Industriestaaten gerade die Endzeit der Welt, wie wir sie kennen, durchleben. Staaten, in denen nur ein geringerer Anteil der Bevölkerung derart von der Energieversorgung abhängig ist wie der Großteil der Menschen z.B. in den USA oder Europa, werden die aufkommende Energiekrise dagegen leichter überstehen (vgl. Ritz & Wiesmann 2009).

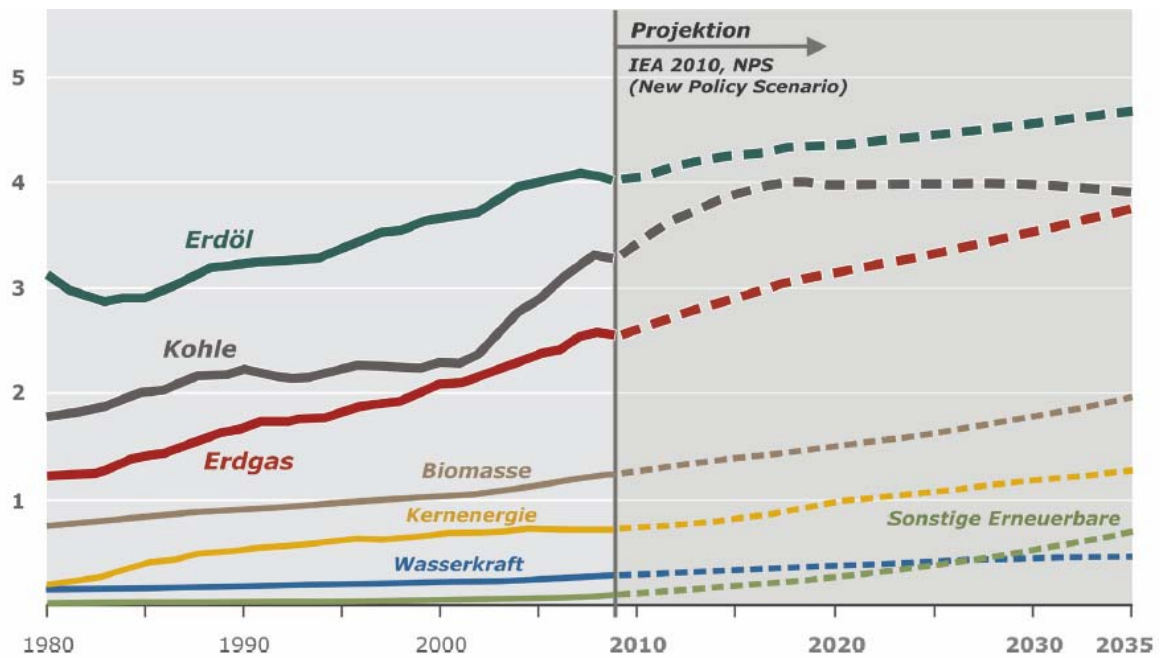


Abbildung 4: Entwicklung des globalen Primärenergieverbrauchs nach Energieträgern und mögliches Szenario der zukünftigen Entwicklung [Bundesanstalt für Geowissenschaft und Rohstoffe 2010, S. 9]

Hier scheint die Welt ausnahmsweise einmal gerecht zu sein: Die Völker, die den Großteil der Ressourcen verbraucht haben, werden auch diejenigen sein, die ihr Schwund am härtesten trifft. Allen voran die USA, die in Sachen Energieeffizienz weit hinter Europa zurückliegen. Erstaunlicherweise wurde es zudem versäumt, ausreichend in die Erforschung und Entwicklung neuer Energien zu investieren. Aber deren Strategie zur Absicherung der Energieversorgung scheint auch eher militärischer Art zu sein. Es ist kein Zufall, dass die Armee der USA so präsent ist in den Golfstaaten, die ja bekanntermaßen über große Erdölreserven verfügen (vgl. Ritz & Wiesmann 2009). Aus ethischer Sicht ist dieses Ansinnen fraglos verwerflich. Es zeugt von der Missachtung der Eigentumsrechte der arabischen Völker und zuwiderläuft somit den Wertvorstellungen der westlichen Welt, als deren Anwalt sich die USA so gerne darstellt. Doch auch gegenüber dem eigenen Volk – besonders jüngeren Generationen – ist die ausschließlich militärische Sicherung der Energieversorgung ein Verbrechen, zumal sie langfristig nicht zum Erfolg führen kann (vgl. Ritz & Wiesmann 2009). Im Gegenteil liefert dieser Plan genug Stoff für ein weiteres Endzeitzenszenario: Den Krieg um das Öl. Doch auch ohne das Eintreten einer solchen Extremsituation ist unser wirtschaftlicher Wohlstand und somit der Frieden gefährdet. Da auch die Forschung in den übrigen Staaten nicht annähernd mit Lösungen aufwarten kann, um den Wegfall der Energie aus fossilen Brennstoffen zu kompensieren und zudem Energiespartetechnologien noch nicht effizient genug sind, steuert unsere Wirtschaft in die Katastrophe: „So wie ein Fahrradfahrer nur das Gleichgewicht halten kann, solange er fährt, so bleibt auch unser Wirtschaftssystem nur im Takt, solange es wächst“ (Ritz &

Wiesmann 2009). Und der Motor des Wachstums war und ist steigender Energieverbrauch.

Die Lethargie der Politik im Hinblick auf eine kommende Energiekrise ist erschreckend, die eingeleiteten Maßnahmen zu inkonsequent. Eine Lösung kann – wie meist in ökologischen Fragen – überhaupt nur in globalem Kontext gefunden werden. Dies kann aber selbstverständlich nur auf freiwilliger Basis geschehen, da es keine Weltinstanz gibt, die entsprechende Maßnahmen aufzwingen kann. Allerdings verweigern die Schwellenländer die Einführung strengerer Energiespargesetze. Nicht ganz zu Unrecht führen sie dabei häufig die Tatsache ins Feld, dass der globale Norden mit seinen Industriestaaten nach wie vor den größeren Energieverbrauch pro Kopf aufweist (vgl. von Weizsäcker 2009). Aus wirtschaftsphilosophischer Sicht muss man hier tatsächlich die Frage nach der Gerechtigkeit stellen. Unser Wohlstand basiert auf hohem Energieverbrauch und wir beginnen erst jetzt, da unser Reichtum auf relativ stabilen Beinen steht, Energie einzusparen. Mit welchem Recht können wir dann von Schwellen- und Entwicklungsländern, die noch lange nicht so weit sind, verlangen schon so früh in ihrer wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte damit zu beginnen? Bezieht man die Angst vor den aufsteigenden Superwirtschaftsmächten wie China und Indien mit ein, liegt es nahe, auch das Motiv für eine solche Forderung anzuzweifeln: Spielen neben der Versorgungssicherung vielleicht auch wirtschaftliche Existenzängste eine Rolle? Darüber hinaus ist die Gewissheit über die Begrenztheit des Erdöls weitaus älter als die neue Wirtschaftsstärke Asiens. Hätte der Norden also nicht schon viel früher die Pflicht gehabt, den eigenen Energieverbrauch zu reduzieren, anstatt ihn immer weiter zu erhöhen? All dies sind berechtigte Überlegungen, die vielleicht sogar einen tadelnd erhobenen Zeigefinger in Richtung der Industriestaaten rechtfertigen. Doch im Angesicht eines realen Problems, das die gesamte Weltbevölkerung betrifft und sich definitiv nicht durch gegenseitige Schuldzuweisungen lösen lässt, ist es wenig sinnvoll moralische Überlegenheit demonstrieren zu wollen. Es ist im Gegenteil notwendig, gemeinsam milliardenschwere Programme zur Energieeinsparung und Entwicklung alternativer Energien aufzulegen. Andernfalls wird es bald allen sehr viel schlechter gehen als jetzt – und dann ist die Frage nach Gerechtigkeit nur noch ein Luxusproblem. Voraussetzung hierfür ist, dass die Staaten Südasiens ihren Stolz (und den eventuell vorhandenen Neid auf die schon so früh wohlhabenden Staaten) herunterschlucken und die Industrieländer ihre Angst vor dem Verlust der wirtschaftlichen Relevanz vergessen.

7.2 Klimaerwärmung

Die Endlichkeit der Erdölbestände ist jedoch nicht das einzige und nicht einmal das größte Problem im Zusammenhang mit dem weltweit steigenden Energieverbrauch. Noch weit unkalkulierbar sind die Konsequenzen für unsere Umwelt durch die Verschmutzung der Erdatmosphäre mit Treibhausgasen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass wir unseren Lebensraum mittelfristig zerstören, wenn nicht in absehbarer Zeit geeignete Schutzmaßnahmen eingeleitet werden. Negative Konsequenzen wie vermehrt auftretende Naturkatastrophen haben wir ohnehin schon jetzt zu tragen.

Die Zeiten in denen der Klimawandel noch geleugnet wurde, gehören glücklicherweise der Vergangenheit an. Das heißt jedoch nicht, dass genügend getan wird, um ihn einzudämmen. Dabei wäre zu erwarten, dass Visionen von einem Versiegen des Golfstroms oder untergehenden Küstenstaaten Anreiz genug sind. Doch noch immer werden Naturgüter wie Jetons im globalen Wirtschaftskasino behandelt: Sie sind Gegenstand von Spekulationsgeschäften und dienen alleine dem Gewinnstreben. Dabei merken wir nicht, wie wir die Zukunft unseres Planeten verspielen. Allerdings wäre auch aus wirtschaftlicher Perspektive eine Eindämmung des Klimawandels wünschenswert: Laut einem Bericht von Nicolas Stern an die britische Regierung wird der Klimawandel in den nächsten Jahrzehnten ein Fünftel des globalen Sozialprodukts kosten (vgl. Stern 2009 zitiert in Altvater 2009). Die untenstehende Abbildung 5 zeigt die jährlichen Kosten des Klimawandels als

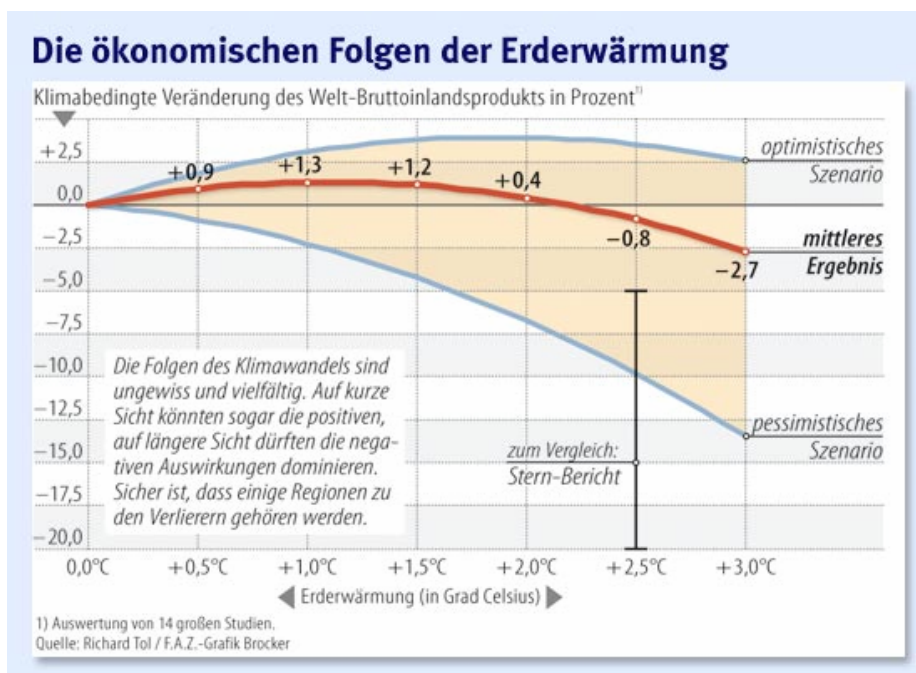


Abbildung 5: Die ökonomischen Folgen der Erderwärmung [Tol 2009]

Anteil am Welt-Bruttoinlandsprodukt bei jeweils unterschiedlich starkem Temperaturanstieg. Dabei wird keine absolute Zahl wie im Stern-Bericht angegeben (hier übrigens zum Vergleich die jährlichen Kosten nach Stern), sondern anhand des optimistischsten und pessimistischsten möglichen Wert aus vierzehn großen Studien zum Thema ein Mittelwert errechnet. Bei einem Temperaturanstieg von 2,5 Grad liegt dieser Wert dabei mit 0,8 Prozent unter dem Stern-Wert von fünf Prozent. Anreiz genug zum Klimaschutz, sollte man meinen. Doch wie so oft im Rahmen unseres Kasinokapitalismus strebt die Wirtschaft nach kurzfristigen Gewinnen und blendet die langfristigen Folgen ihres Tuns aus. Wenig verwunderlich war deshalb die – wenn auch angesichts des Super GAUs in Fukushima nur kurzfristige – Wiederbelebung der schon totgesagten Atomenergie: Eine kurzfristig günstigere und Klima schonendere Alternative zur Kohleenergie mit langfristig jedoch noch immer unkalkulierbaren Risiken für die Umwelt (vgl. Altvater 2009). Bedenkt man, dass sich die Folgen der Erderwärmung unabhängig vom Ort ihrer Entstehung überall und zeitlich verschoben auf der ganzen Welt zeigen können, sieht man sich unweigerlich auch mit einem moralischen Problem konfrontiert: Die Bewohner des ärmeren globalen Südens leiden bei weitem am stärksten unter den Konsequenzen der durch die Industrieländer des Nordens verursachten Umweltverschmutzung (vgl. Welzer 2009). Und anders als wir verfügen sie weder über die Mittel Gegenmaßnahmen einzuleiten, noch über das Geld ihre Bevölkerung beim Einbruch von Naturkatastrophen wenigstens finanziell zu unterstützen. Unter diesem Aspekt sind die Hilfszahlungen in Milliardenhöhe nicht als freiwillige Spende, sondern vielmehr als Wiedergutmachung für die Ausbeutung unseres gemeinsamen Lebensraums zu verstehen. Es erklärt überdies, warum nördliche Klimapolitiker häufig das Gefühl haben, alleine gegen die globale Erwärmung zu kämpfen: Wir haben sie schließlich zum Großteil alleine ausgelöst und es ist nicht gerecht, vom Rest der Welt den Verzicht auf wirtschaftliches Fortkommen zu verlangen, nur um die Umweltauswirkungen unseres Erfolges nicht noch zu verschlimmern. Dieser Tatsache hat Bundeskanzlerin Merkel bei einer Asienreise nach China, Indien und Japan im Jahr 2008 Rechnung getragen und ein Umdenken eingeleitet. Sie sagte, dass man den Menschen in den Entwicklungsländern aus Gerechtigkeitsgründen nicht das Recht absprechen könne, die Atmosphäre ebenso zu nutzen wie wir. Konsequenterweise muss es allen Menschen auf unserem Planeten gestattet sein, in gleichem Maße Treibhausgase auszustoßen (vgl. von Weizsäcker 2009). Deutlich wird damit, dass das Überlegenheitsgefühl der Industriestaaten in politischen Fragen, begründet durch wirtschaftlichen Wohlstand, gegenüber den Schwellenländern vollkommen unangebracht ist. Mit ihrem Vorstoß hatte Merkel auch eine durchaus philosophische Fragestellung beantwortet: Nämlich die nach der Gleichheit und dem Wert

der Menschen, unabhängig von ihrer wirtschaftlichen oder weltpolitischen Relevanz. Eine Erkenntnis, die natürlich auch schon in den Menschenrechten niederlegt wurde. Jedoch verlieren ethische Vorstellungen wie diese in Zeiten des Umbruchs bisweilen ihre Allgemeingültigkeit und werden von Staaten und Individuen zu Gunsten der persönlichen Ziele gleichermaßen verraten. Dabei würde die Umweltethik als Teilbereich der Wirtschaftsphilosophie gerade im Hinblick auf die Klimaerwärmung sogar noch weiter gehen wollen: Bisher beschränkt sich die öffentliche Diskussion um die Gründe und Folgen des Treibhauseffekts primär auf die Konsequenzen für die Menschheit. Wenn die Zerstörung der Biodiversität oder das Aussterben von Tieren thematisiert werden, dann nur bezüglich ihrer Auswirkungen auf die Rasse Mensch. Andere Lebewesen und Pflanzen, mit denen wir uns die Erde teilen, werden hauptsächlich als Wirtschaftsfaktoren wahrgenommen. Sie sollen unsere Ernährung und die Industrieproduktion sicherstellen. Wir handeln also im biblischen Sinne und 'machen uns die Erde untertan'. Dass diese jetzt zurückschlägt, ist Grund genug, diese Einstellung zu überdenken. Was rechtfertigt die menschliche Sonderstellung, wenn unser Verstand uns nicht davon abhält, unseren eigenen Lebensraum zu zerstören (vgl. Fries 2010)? Da aber natürlich – wenn überhaupt – nur die Menschen den Klimawandel eindämmen können, ist diese Diskussion wohl zu weit von der Realität entfernt und steht einer politischen Lösung eher im Weg. Grundsätzlich bietet sie aber Denkanstöße, die das anhaltende Umwelt schädigende Verhalten in der Wirtschaft und auch auf politischer Ebene verändern könnten.

In der Praxis wurden besonders in den Industriestaaten auch durchaus schon Maßnahmen eingeleitet, die den CO₂-Ausstoß in Zukunft verringern sollen. Allerdings ziehen diese häufig Wechselwirkungen nach sich, die wiederum die Natur belasten. Bestes Beispiel hierfür sind die gefeierten Agrotreibstoffe. Der flächendeckende Anbau von Mais in Mexiko zur Herstellung von Biosprit gefährdet die natürliche Biodiversität. Schlimmstenfalls kann er, wenn Primärwälder verdrängt werden, sogar zu einer Freisetzung von im Boden gespeicherten Gasen wie Methan und CO₂ führen. Dies ist umso bedenklicher, als die Agrotreibstoffe der ersten Generation bei Benutzung nur einen wenig geringeren Treibhausgasausstoß vorweisen können als herkömmliche Brennstoffe (vgl. von Weizsäcker 2009). Hieran zeigt sich die große Komplexität des Problems. Die Klimaerwärmung kann nicht mit eindimensionalen Methoden bekämpft werden, eine Lösung kann nur so komplex sein wie unser Ökosystem selbst. Deshalb muss man sich heute der Möglichkeit stellen, dass es eine solche vielleicht gar nicht gibt – oder wenigstens keine, die mit unserem Wirtschaftssystem in Einklang steht. Das Schlagwort 'Ökologische Ökonomie' wäre somit nur ein Begriff ohne Inhalt und ein erfolgreiches Zusammenspiel von Natur und Wirtschaft könnte reine Utopie sein (vgl. Manstetten 1995);

ein Gedanke, der den westlichen Fortschrittsglaube und die mit ihm verbundene Überzeugung, es gäbe keine unlösbaren Probleme, in eine tiefe Glaubenskrise stürzen dürfte (vgl. Welzer 2009).

8. Endzeitenkasino: Sozialer Sprengstoff

Noch weniger als die globale Erwärmung finden die gesellschaftlichen Risiken unserer Zeit Eingang in die öffentliche Diskussion. Und das obwohl die neuen Finanz- und Wirtschaftskrisen bereits vorhandene Probleme wie zum Beispiel die große Kluft zwischen arm und reich noch verstärkt hat und weiter verstärken dürfte. Wenn überhaupt, werden solche Themen noch auf nationaler Ebene behandelt, in einer Demokratie haben eben auch die weniger Wohlhabenden etwas zu sagen – und die beschweren sich. Globale Differenzen dagegen kümmern kaum jemanden, obwohl Menschenrechtsorganisationen seit Jahren den Daueraufstand proben. Alle sind zu sehr mit ihren eigenen Problemen beschäftigt, um zu bemerken, dass es anderen bei weitem schlechter geht. Dabei sind gerade wir in den Industriestaaten nicht unschuldig am Leid der Menschen im globalen Süden wie schon das vorhergehende Kapitel gezeigt hat. Das bietet jede Menge sozialen Sprengstoff.

8.1 Nationale Wohlstandsgefälle

Die oberen zehn Prozent der Bevölkerung Deutschlands verfügen über sechzig Prozent des gesamtnationalen Vermögens. Und die Schere zwischen arm und reich reißt immer weiter auf: Seit 2002 stieg dieser Anteil um satte drei Prozent. Die reichsten ein Prozent besitzen gar über dreiundzwanzig Prozent aller Vermögenswerte, während die unteren siebzig Prozent der Bevölkerung zusammen nur neun Prozent des Vermögens ihr Eigen nennen können (vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 2009). Gründe für diese Entwicklung könnten unter anderem in der Hartz-IV-Regelung liegen, die Bedürftige dazu zwingt, zuerst ihr Vermögen aufzubreuchen. Zudem wächst die Zinsbelastung der Haushalte durch die steigende Verschuldung. Weiß man, wie klein der zahlenmäßige Anteil der Wohlhabenden an der Bevölkerung der Bundesrepublik tatsächlich ist, verwundert es umso mehr, welch negatives Bild von 'den Armen' vorherrscht. Als in den siebziger Jahren der Nachkriegsaufschwung abflachte und es nach Vollbeschäftigung wieder einige Arbeitslose gab, wurden diese als Opfer bemitleidet. Heute dagegen, wo die Zahl der Arbeitslosen um ein Vielfaches höher liegt und die Wahrscheinlichkeit,

unverschuldet in diese Situation zu geraten, entsprechend größer ist, hat das Mitleid längst in Verachtung umgeschlagen. Wer keine Arbeit hat trägt zumindest eine Mitschuld daran, glauben wir. Und sind schnell dabei ihn als Schmarotzer in der Wärmestube des Sozialstaates zu beschimpfen (vgl. Misik 2009). Wir sprechen abfällig von Unterschichten-TV, wenn wir die Nachmittagssendungen der privaten Fernsehsender meinen. Dabei gehören jener 'Unterschicht' im reichen Deutschland langsam aber sicher ein Großteil der Bevölkerung an (Abbildung 6 zeigt die Entwicklung der Armutsquote in Deutschland innerhalb von zehn Jahren.) Die wohlhabende Mittelschicht, auf die westliche Industriestaaten so stolz sind, wird zunehmend zum Mythos. Schuld ist die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben, die beispielsweise durch sinkende Reallöhne von statten geht. Verstärkt wird der Effekt durch die Erhöhung des Anteils von Lohn- und Verbrauchssteuern am Gesamteueraufkommen, während gleichzeitig der Unternehmens- und Vermögenssteueranteil sinkt (vgl. Klein 2009). Einen nicht zu verachtenden Beitrag liefert zudem die Privatisierung vormals staatlicher Institutionen durch steigende Preise für die früher subventionierten Güter und Dienstleistungen, die ohnehin schon schmale Geldbeutel noch weiter belastet.

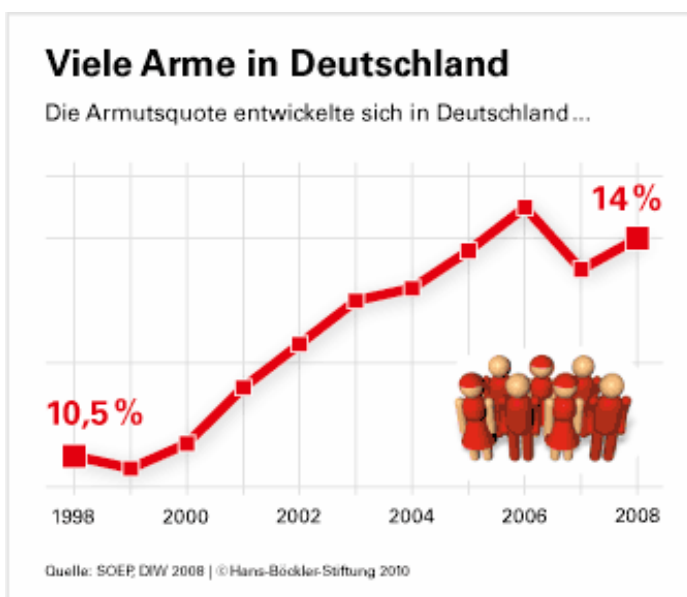


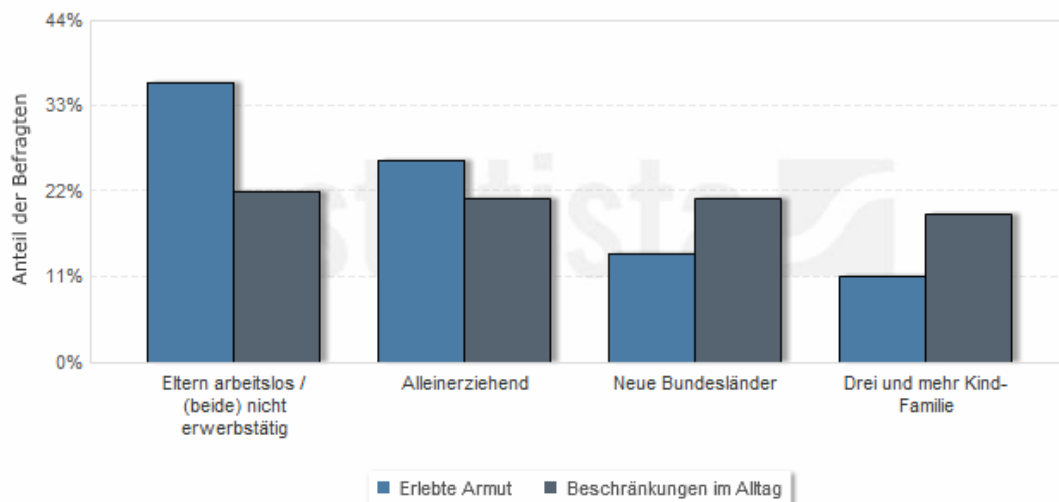
Abbildung 6: Viele Arme in Deutschland (Hans-Böckler-Stiftung 2010)

Einen vorläufigen Höhepunkt hat die Umverteilung in den Bankenrettungspaketen während der Finanzkrise erreicht: Die Bevölkerung muss nun mit ihren Steuergeldern für die Verluste der Banken aufkommen, die ihre Gewinne in guten Zeiten so gar nicht zum Wohle des Volkes verwendet haben und durch Verschiebung der Gewinne in Steueroasen noch nicht einmal in angemessener Höhe Abgaben geleistet haben. Um den Bundeshaushalt nicht allzu sehr zu überlasten, werden nun auch noch Sparpakete

aufgelegt, die essentielle Bereiche wie zum Beispiel unser Bildungssystem hart treffen werden. Kein Problem für die Reichen. Die schicken ihre Kinder einfach auf private Hochschulen irgendwo in der Welt und sichern ihnen somit eine erstklassige Ausbildung. Die ärmeren dagegen verlieren immer mehr den Anschluss und können auch in zukünftigen Generationen kaum noch finanziell aufsteigen, weil ihnen der Zugang zur notwendigen Bildung verwehrt bleibt. Es ist schon erstaunlich, dass ausgerechnet in der BRD die Bildungschancen so stark von der sozialen Herkunft eines Kindes abhängen wie in kaum einem anderen westlichen Land. Im Sozialstaat Deutschland, der gleiche Chancen für alle und Existenzsicherung bieten sollte, weht denen ein zunehmend kalter Wind ins Gesicht, die ihre Schäfchen nicht schon seit mehreren Generationen im Trockenen haben. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auch der Anstieg der Kinderarmut alarmierend, zumal besonders die Kinder davon betroffen sind, die in einer heute immer weiter verbreiteten Familienform aufwachsen: Kind oder Kinder mit nur einem allein erziehenden Elternteil. Stärker sind nur die Sprösslinge von Familien mit nicht erwerbstätigen Eltern gefährdet. Abbildung 7 zeigt wie hoch der Anteil, der in Armut lebenden Kinder liegt, gesplittet nach Familienform.

KINDERARMUT NACH ARMUTSFALLEN IN DEUTSCHLAND

Häufigkeit von Kinderarmut nach Armutsfallen in Deutschland im Jahr 2009



i Deutschland; 6-11 Jahre; Kinder, die besonders häufig Armut erleben; 2.529 Befragte; TNS Infratest Sozialforschung; Mitte September bis Ende Oktober 2009

Quelle: World Vision Institute

© Statista 2011

Abbildung 7: Häufigkeit von Kinderarmut nach Armutsfallen in Deutschland im Jahr 2009. [Statista 2011]

Dass ausgerechnet Deutschland, ein Land das so stark von gut ausgebildetem Nachwuchs abhängig ist, ganze Teile der Bevölkerung in Armut abdriften lässt und dann auch noch aufgrund eben dieser Armut und dem so verwehrten Zugang zu höherer Bildung den Aufstieg verwehrt, ist ein Verbrechen. Und zwar nicht nur an den Menschen selbst, sondern auch am Staat und an seiner Industrie. Dass letztere durch Gewinnverschiebung und großem Druck auf die Löhne entscheidend zur Situation beiträgt, sollte endlich erkannt und entsprechend abgestraft werden. Denn wenn wir in unserem Land so weitermachen, werden sich die sozialen Ungleichgewichte weiter verschärfen und daran wird die Gesellschaft mittelfristig zerbrechen. Der Staat hat nicht nur seinen Unternehmen und seinen Wohlhabenden zu dienen, er hat sich erst Recht um die schwächeren Glieder in der Bevölkerung zu sorgen. Alles andere ist einer Bananenrepublik würdig, nicht dem 'reichen Deutschland'.

Würde man im Übrigen hier platonische Maßstäbe anlegen, hätte der Staat Deutschland (und die Regierungen vieler anderer Staaten ebenso) seine Bestimmung verfehlt. Denn anstatt dafür zu sorgen, dass das innerstaatliche Wirtschaften der Gesellschaft zum Guten gereicht und jeder ein angemessenes Leben führen kann, hat er die ungerechte Verteilung der Güter zugelassen und einzelnen gestattet, in die eigene Tasche zu wirtschaften. Eine solche Führung hat ausgedient.

8.2 Globale Ausbeutung und Verteilungskriege

Verglichen mit den wirklichen armen Ländern der Welt wird in Deutschland fraglos auf hohem Niveau gejammert. Doch da die Bevölkerung in den so genannten 'Emerging Markets' in den Industriestaaten nicht wahlberechtigt ist, gilt ihr entsprechend wenig Aufmerksamkeit in einer Welt, in der kurzfristiges Denken und Planen zur Königsdisziplin erhoben wurde. Doch es sollte der angeblich so zivilisierten Menschheit nicht egal sein, dass während die Überflussgesellschaften in den Industrieländern gegen ihr Übergewicht kämpfen, auf der anderen Seite der Welt annähernd ein Milliarde Menschen Hunger leiden (vgl. Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO) 2011). All die Fitnessstudios und Diätmittelchen, die unsere Märkte überschwemmen, sind ein äußerst zynischer Kommentar zum Hunger im globalen Süden. In Deutschland alleine werden jedes Jahr rund 20 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeschmissen, teilweise, weil sie verdorben sind, aber oft genug einfach, weil sie nicht mehr schön genug aussehen für den Verkauf (vgl. Anon 2011).

Noch schlimmer ist die Tatsache, dass die Not in anderen Regionen dieser Welt nicht nur einfach billigend in Kauf genommen wird, sondern wir alle sie – bewusst oder unbewusst – mit verschulden. Kaum jemand ging dabei in der Vergangenheit so kaltblütig vor wie die Führung der Weltbank, die ja trotz der Beteiligung zum Beispiel von Seiten Europas die längste Zeit unter amerikanischer Führung war. Grundsätzlich war die Aufgabe von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank die Entwicklungshilfe, der im Rahmen von Darlehen an bedürftige Staaten nachgekommen wurde. Durch die weltweite Liberalisierung der Finanzmärkte ist diese Funktion inzwischen weit weniger wichtig geworden, da sich in der Regel genügend private Investoren finden, die in diese Länder investieren. Und die können kaum schlimmere Gläubiger sein als es die Weltbank war und teilweise noch ist. Dazu zunächst ein Beispiel aus den achtziger Jahren: 1982 drohte Mexiko bankrott zu gehen, was erhebliche Auswirkungen auf New Yorker Banken gehabt hätte, die dort stark engagiert waren. Also haben sich IWF und das US-Finanzministerium zusammengetan, um Mexiko finanziell unter die Arme zu greifen. Der Bevölkerung wurde im Gegenzug ein eisernes Sparprogramm aufgezwungen. Eine Katastrophe für eine ohnehin schon geschwächte Volkswirtschaft. Und der Beginn einer langen Tradition, in der der Schutz von Banken immer wichtiger bewertet wurde, als der Schutz von Menschen. Zudem wurden die als Entwicklungshilfe vorgesehenen Kredite meist an rohstoffreiche Länder ausgeben, um dann gezielt als Druckmittel verwendet zu werden. Im Dokumentarfilm *Let's make money* von Erwin Wagenhofer (2009) erzählt John Perkins wie er als 'Economic Hitman' der USA mit Hilfe der Weltbank Entwicklungsländer korrumpiert hat. Das Vorgehen ist dabei strategisch genormt. Als Zielland wird ein Staat der Dritten Welt mit attraktiven Rohstoff-Reserven ausgewählt, in dem bereits amerikanische Firmen ansässig sind. Deren Regierungen werden dann große Kredite angeboten, die sie jedoch nie direkt erhalten. Stattdessen wird das Geld an die US-Vertretungen überwiesen, die damit infrastrukturelle Projekte finanzieren, von denen der Durchschnittsbürger jedoch eher wenig profitiert; sie werden zugeschnitten auf den kleinen wohlhabenden Teil der Gesellschaft. Natürlich ist es aber die ganze, größtenteils extrem arme Bevölkerung, die den Kredit zurückzahlen muss und meist – wie vorauszusehen ist – daran scheitert. Genau darauf zielt die Strategie auch ab. Denn nun kann die USA als Gläubiger günstigen Zugang zu Rohstoffen oder Stimmen für eine kritische UNO-Abstimmung erpressen. Burkina Faso ist ein Land, dessen Regierung ähnlichen Groll gegen den Westen hegen dürfte, wie so ausgebeutete Staaten. Zwar sind die dort vorhandenen Rohstoffe für das Ausland nicht interessant, denn Hauptwirtschaftsfaktor ist die Baumwolle, die auch in den USA und in Europa angebaut wird. Doch eben das ist schädlich für den kleinen Staat, der zu den ärmsten der Welt

gehört. Die USA und auch Europa subventionieren ihre eigenen Baumwollernten so stark, dass der Zugang zu den Weltmärkten für die Ware aus dem afrikanischen Land stark beschränkt ist. Und das obwohl sie die weltweit beste Qualität aufweisen kann.

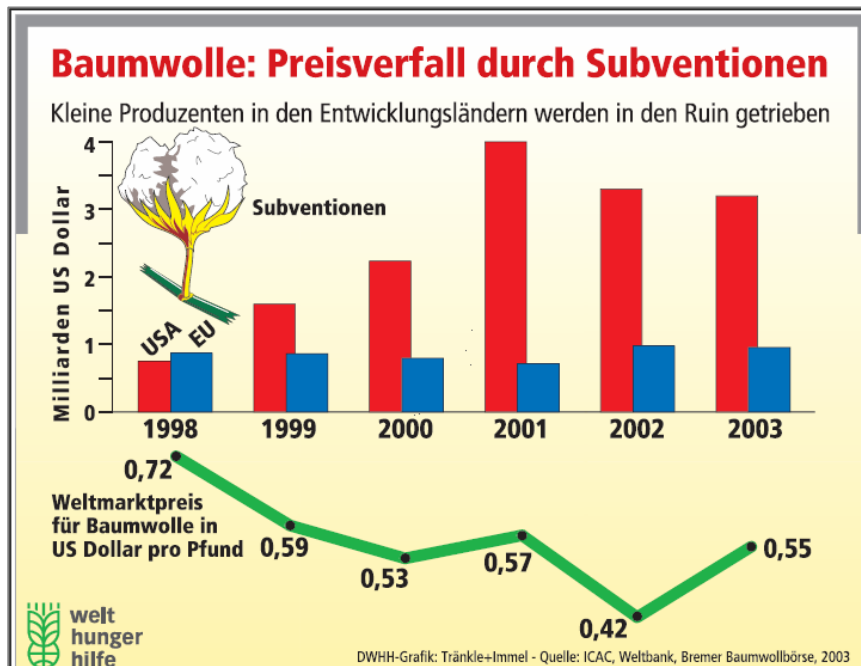


Abbildung 8:
Baumwolle: Preisverfall durch Subventionen
(Welthungerhilfe 2003)

Francis Kologo, der in *Let's make money* zur Situation in seinem Land Stellung nimmt, erzählt, dass die Einnahmen aus der Baumwollproduktion für Burkina Faso

jährlich bei 122 Millionen Euro liegen könnte – ohne den Protektionismus der amerikanischen und europäischen Staaten. Die Entwicklungshilfe aus der EU, den USA und Japan betragen zusammen dagegen nur 30 Millionen. Ein Betrag, auf den die Burkiner verzichten könnten, würden ihnen faire Absatzmöglichkeiten eröffnet. Abbildung 8 zeigt die Höhe der Subventionen für die Baumwollproduktion von EU und USA und den dadurch bedingten Preisverfall am Weltmarkt.

Ähnlich unfair sind auch die Bedingungen, unter denen in Ghana Gold für den Westen gefördert wird. Dem rohstoffreichen afrikanischen Land bleiben vom Endgewinn gerade einmal drei Prozent, der Rest macht die Industriestaaten noch reicher als sie ohnehin schon sind (vgl. Wagenhofer 2009). Dass dieser Reichtum zu einem nicht unerheblichen Teil auf der Ausbeutung ärmerer Länder und Völker basiert, dürfte klar geworden sein. Es ist schockierend, wie ausgerechnet die Staaten, die am meisten auf Menschenrechte pochen und sich wie die USA als die Weltpolizei aufspielen, eine solche Doppelmoral an Tag legen können. Das ist umso erschreckender, als diese Kriegsführung gegen Schwächere – gerade im Vergleich mit früheren Verteilungskriegen – vollkommen unnötig ist. Im globalen Norden verhungert niemand, nur weil er mehr für seinen Goldschmuck oder die Kleidung bezahlen muss. In der Dritten Welt dagegen würde Fair Trade für viele

Menschen den Unterschied zwischen Elend und menschenwürdigen Lebensumständen bedeuten, für nicht wenige sogar den Unterschied zwischen Leben und Tod.

Neben den Regierungen selbst, tragen jedoch auch viele Privatunternehmen zur Ausbeutung der Völker vor allem in Schwellen- und Entwicklungsländern bei – und somit jeder einzelne, wenn er Produkte dieser Firmen kauft. Denn wer prüft schon beim Kauf jedes günstigen Kleidungsstücks, ob der Hersteller zum Beispiel Kinder als Arbeiter einsetzt. Auch die Sklaverei mag offiziell längst abgeschafft sein, die Realität sieht leider anders aus. Und auch hier profitiert der westliche Konsument. Während die Existenz von Kinderarbeit insbesondere in den Textilindustrien der Dritten Welt noch den meisten bekannt sein dürfte, sind wir was die Herkunft unserer Lebensmittel angeht weit weniger gut informiert. In Deutschland wird im Vergleich zu anderen Industrieländern sehr wenig Geld für Essen ausgegeben, Discounter sind die bevorzugte Einkaufsstätte der meisten. Wie es bei den niedrigen Preisen überhaupt noch möglich ist, Obst und Gemüse auch außerhalb der Saison anzubieten, kümmert dabei kaum jemanden. Eine Antwort kann in Spanien gefunden werden. Durch die Nähe zu Afrika ist das Klima in Südspanien in der Regel mild genug, um Früchte aller Art auch außerhalb der europäischen Sommersaison anzubauen. Jedoch wird dafür eine große Anzahl von Arbeitern benötigt und die sind in Europa bekanntlich teuer. Doch der Preisdruck, den die Supermärkte als Abnehmer der Ware auf die Produzenten ausüben ist immens und zwingt zur Kostensenkung. Hier ist es wiederum die Nähe zum afrikanischen Kontinent, die eine Lösung liefert. Auf den Plantagen arbeiten massenhaft illegale Einwanderer zu Dumpinglöhnen, die in Hütten unter für Europa elenden Verhältnissen hausen. Ohne Aufenthaltserlaubnis sind sie der Willkür der Plantagenbesitzer ausgeliefert (vgl. Brodal 2006). Und das alles nur, damit die verwöhnten Verbraucher im Winter einen billigen Tomatensalat genießen können.

Dass überhaupt so viele Flüchtlinge aus Afrika an die Tore Europas klopfen – oder sich gleich durch ein sprichwörtliches Loch im Zaun Zugang verschaffen, ist erster Hinweis auf die Folgen einer solch systematischen Ausbeutung anderer Völker wie hier beschrieben. Denn je schlechter es den Menschen geht, desto eher scheint der einzige Ausweg die Flucht ins gelobte Land zu sein. Das Problem ist auch den USA bekannt, doch die müssen sich vor allem um die interkontinentale Grenze im Süden kümmern. Europa dagegen liegt als Insel des Wohlstands in bequemer Reichweite vieler ausgebeuteter Völker. Und denen kann man es nicht verübeln, wenn sie nach der völligen Erschöpfung ihrer eigenen Ressourcen zu uns fliehen. Und dann können wir – wie Francis Kologo es ausdrückte – noch so hohe Mauern bauen, sie werden dennoch kommen (vgl. Wagenhofer 2009).

Bevor die Industrieländer aber selbst mit diesen Auswirkungen konfrontiert werden, ist mit einem Anstieg der Gewalt und der Konflikte in den ausgebeuteten Ländern zu rechnen. Denn Armut und der Kampf ums Überleben lässt das Friedensbedürfnis – dass sich ohnehin nur Privilegierte leisten können – in den Hintergrund treten. Wenn man Harald Welzer (2009) Glauben schenken mag, dann hat die Gewalt eine große Zukunft in diesem Jahrtausend. Sie wird sich in Kriegen um Nahrung, Wasser und andere überlebenswichtige Ressource entladen, die sich zuerst auf nationaler Ebene abspielen werden, bis schließlich die Flüchtlingsströme auf die Grenzen anderer, ebenso armer Länder treffen und dort zu Grenzkonflikten führen. Wir können schon jetzt die steigende Tendenz zu Ausschreitungen, Massenprotesten und Plünderungen nach Naturkatastrophen beobachten. Und es ist davon auszugehen, dass sich diese Entwicklung mit der Verschärfung der Situation eher noch verstärken wird. Dass Finanzinvestoren, die für Schwellen- und Entwicklungsländer häufig die einzige Chance auf eine Besserung der Verhältnisse bieten, von Ereignissen dieser Art in der Regel abgeschreckt werden, verschlimmert die Sache nur noch und führt schnell in einen Teufelskreis (vgl. Welzer 2009).

Welzer findet zur Erklärung für den Anstieg der Gewaltbereitschaft einen psychologischen Ansatz, der hier angeführt werden soll, weil er zum einen philosophische Gedanken beinhaltet und zum anderen für eine philosophische Aufarbeitung hilfreich sein kann. Ausgangspunkt ist die Annahme, dass menschliche Katastrophen wie die hier genannte Ausbeutung, aber auch Umweltkatastrophen in der Regel diejenigen am härtesten treffen, die gleichzeitig die geringsten Kompensationsmöglichkeiten haben. Somit sind alle Katastrophen zunächst einmal auch soziale Katastrophen. Ist das ursprüngliche Unglück – wie bei Naturkatastrophen immer der Fall – völlig unkontrollierbar, wird bei den Betroffenen die Fürsorge- und Schutzerwartung an den Staat enttäuscht. Zugleich verlieren bisherige Verhaltensmuster, an denen man sich selbstverständlich ausgerichtet hat, ihre Gültigkeit, da sie sich als untauglich erwiesen haben. Denn egal wie 'gut' man sich verhalten hat, die Katastrophe ist ja doch hereingebrochen. Das Resultat ist eine tiefe „Erschütterung des Vertrauens in die eigene Kultur, in die Beherrschbarkeit von Risiken, aber auch in die Zuverlässigkeit insbesondere planenden, also auch voraussehenden Handelns“ (Geenen 2003 zitiert in Welzer 2009). Diese Aussage deckt sich übrigens mit der weitgehend verbreiteten Meinung, dass in der heutigen Welt – die ja von der kasinokapitalistischen Wirtschaft dominiert wird – immer mehr vom Glück abhängig ist. Das gilt offenbar auch in diesem Zusammenhang und ist insbesondere beachtenswert, da dieses Kapitel den Zusammenhang zwischen Weltwirtschaft und dem sozialen Abstieg (oder dem Nicht-Aufstieg) ganzer Völker verdeutlicht hat.

9. Ausblick

Wir hoffen, dass die Ausführungen in diesem Beitrag verdeutlicht haben, dass der Kasinokapitalismus und der Kapitalismus in all seinen extremen Formen uns in ein Endzeitalterszenario katapultiert, dessen Ausgang noch nicht klar ist. Entscheidend ist jetzt, ob richtig und schnell gehandelt wird, um die Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftsprobleme zu lösen.

Dazu möchten wir hier zunächst einige Vorschläge zum Umbau des Systems vorstellen, die von Wirtschaftswissenschaftlern gemacht wurden. Ihnen allen gemein ist eine bisher kaum gekannte Kapitalismuskritik, die in den Industriestaaten ja lange ein Tabuthema war – jedenfalls unter seriösen Ökonomen.

Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung konzentriert sich bei seinem Modell ganz auf eine Neuregulierung der Banken und kehrt dem Neoliberalismus ganz entschieden den Rücken. Er würde, um Falschbewertungen in den Bilanzen der Kreditinstitute zu vermeiden, zum Niederstwertprinzip zurückkehren, um Gläubiger zu schützen. Die aktuelle Market-to-Market Methode, die sich aus den IFRS (International Financial Reporting Standards) ergibt, hält er für ineffizient. Von der Hand zu weisen ist dieses Argument in der Tat nicht, denn gerade in Zeiten überhitzter Aktienmärkte kann die Anpassung des Buchwertes an den Marktpreis schnell zu erheblicher Überbewertung und entsprechenden Abschreibungen nach dem Zusammenbruch führen. Besser wäre da in der Tat eine Bewertung mit Anschaffungspreis, die in solchen Zeiten meist niedriger ist als der Marktwert und somit nach Niederstwertprinzip zum Ansatz kommt. Eine weitere seiner zentralen Forderungen ist ein Verbot von Leerverkäufen (vgl. Sinn 2009, S.309-311). Diese und andere Vorschläge Sinns zielen auf die Regulierung der Finanzmärkte ab und sind sicherlich im Großen und Ganzen unverzichtbar, wenn Krisen wie 2008 zukünftig vermieden werden sollen. Sie greift aber aus globaler Sicht zu kurz. Es handelt sich um Mindestanforderungen an den Umbau des Finanzsystems, die selbstverständlich sein sollten (es aber zugegebenermaßen nicht sind). In eine ähnliche Richtung, jedoch weitaus radikaler, zielt Fritz Vogt mit seinem Vorschlag Zinsen gänzlich abzuschaffen (vgl. Yesilgöz 2010). Eine ebenso revolutionäre wie auch schockierende Idee, geht sie doch einer der Hauptgrößen des Kapitalismus an den Kragen. Thomas von Aquin wäre begeistert gewesen.

Hans-Jürgen Urban (2009) sucht das Heil für die Nach-Krisen-Welt in einem Widererstarren der Gewerkschaften und generell der linken Bewegung. Allerdings kann er bisher noch keinen wirklichen Trend in diese Richtung erkennen und so hält er es durchaus für möglich, dass der Kasinokapitalismus fortbesteht und die Chance auf ein gerechteres Wirtschaftssystem vertan wird. Noch einen Schritt weiter geht Gianni Vattimo (2009) und bekennt, er sei „als Philosoph des 'schwachen Denkens' und als Christ (...) wieder Kommunist geworden.“ Er vergleicht den Kapitalismus mit der Demokratie, die ja laut Winston Churchill „die schlechteste aller Staatsformen ist, ausgenommen alle anderen“. Arrangieren wir uns also nur deshalb mit dem Kapitalismus, weil es keine wirkliche Alternative gibt? Dass die freie, nicht regulierte Marktwirtschaft versagt hat, muss man nicht mehr vertieft diskutieren. Die Frage ist nur, wohin soll die Reise gehen? Weg vom Neoliberalismus, das ist insoweit klar. Aber das Ziel ist unbekannt. Vattimo schlägt vor, sich zumindest das Ideal des Kommunismus wieder anzueignen: Die Idee einer Gesellschaft, die frei ist von Herrschaft und deshalb von Privateigentum. Gleichzeitig muss man sich aber vom Bild der perfekten Gesellschaft lösen, das es so nie geben kann. Unterschiedliche Interessen wird es immer geben und sie sollten als Teil einer guten Gesellschaft akzeptiert werden (vgl. Vattimo 2009).

Einen gerade für die Belange des vorliegenden Beitrags, der sich ja neben dem Phänomen des Kasinokapitalismus auch mit den durch den Kapitalismus ausgelösten Endzeitszenarien auseinandersetzt, interessanten Ansatz beschreibt Thomas Friedman (2009). Er fordert eine grüne Revolution. Allerdings sieht er als Amerikaner die USA an der Spitze einer solchen Revolution. Und dieses Szenario erscheint nach der Herabstufung der Bonität der USA Anfang August 2011 nicht mehr allzu realistisch. Zum einen hat sich die USA nie übermäßig für den Umweltschutz eingesetzt und zum anderen verliert das Land langsam aber sicher an Glaubwürdigkeit in der Welt, während andere Staaten zunehmend selbstbewusster werden. Es ist unwahrscheinlich, dass die Staatengemeinschaft klaglos Amerika die Führung überlassen wird.

Und Mike Davis (2009), den wir abschließend ebenso nennen möchten, ist sich nicht einmal sicher, ob es für unsere gegenwärtigen und noch zu erwartenden Katastrophen überhaupt eine Lösung jenseits utopischer Vorstellungen gibt. Unsere Gemütslage spiegelt diese Überlegung perfekt wieder. Denn unsere aller überlebensgroßen Probleme verlangen auch nach einer übergroßen Lösung. Und solche Lösungen gehen in der Regel mit so einschneidenden Veränderungen einher, dass ihnen die Mehrheit der Bevölkerung eine Absage erteilen dürfte.

Apropos Bevölkerung: Vielleicht ist das ein Startpunkt für unsere eigene philosophische Annäherung an eine Lösung für das Unlösbare. Es ist der Globalisierung immanent, dass Geld und Waren quasi zu 'Weltbürgern' werden. Sie können sich frei bewegen, sind überall willkommen und unterliegen überall den gleichen Gesetzen, die im Großen und Ganzen von den gleichen Leuten gemacht werden. Die Staaten hängen diesen Entwicklungen hinterher. Noch immer wird hauptsächlich in nationalen Grenzen gedacht, wenn es um die Versorgungssicherheit oder den Wohlstand geht. Dabei haben wir mit dem Klimawandel neben der Wirtschaft einen zweiten Faktor, der alle Völker der Erde miteinander verbindet. Und weder für die Schwächen der Finanzmärkte noch für die Umweltprobleme – die ja immerhin unsere Existenz bedrohen – kann ein Land alleine eine Lösung finden. Eine Weltregierung halten wir dennoch für reine Utopie. Aber ein Umdenken wäre sicher möglich – weg von nationalen, hin zu globalen Interessen. Die Weltgesellschaft sollte beginnen, sich selbst als solche wahrzunehmen. Dies war in der Geschichte unseres gemeinsamen Planeten noch nie so notwendig und gleichzeitig so wahr wie heute. Und warum nicht auch gleich Menschen- und Völkerrechte globalisieren? Das wurde bisher – trotz aller gegenteiligen Beteuerungen – noch nicht getan.

Als nächstes lohnt es, das Wachstumsparadigma unserer Wirtschaft zu betrachten, denn es ist ja sowohl für die Ausbeutung der Erde als auch für den Kasinokapitalismus entscheidend. Dabei muss zunächst klar sein, dass unendliches Wachstum an sich schon eine Utopie ist. Nichts ist unendlich und das Wirtschaftswachstum schon gar nicht. Dass wir in den Industriestaaten bisher das Gefühl haben, es wäre doch existent, liegt vor allem daran, dass wir – wie ja bereits beschrieben - auf Kosten anderer Völker leben, indem wir ihre Rohstoffe verbrauchen und dabei ihre Atmosphäre verschmutzen. Ein Festhalten an diesem Wachstums-Mantra widerspricht deshalb unserer Vorstellung von einer Weltgesellschaft und kann nur zur Verschlechterung der Situation beitragen. Zudem ist es völlig unvereinbar mit unseren ethischen Vorstellungen, die aber bisher offenbar nur auf nationalem Niveau Geltung besitzen. Unendliches Wachstum hat auf einem Planeten, der schon jetzt an seinen Grenzen ist, keine Daseinsberechtigung und das unheilvolle Gewinnstreben, das mit ihm einhergeht ebenso wenig. Vielmehr sollte ein Weg gefunden werden, der zum Wohlstand eines Großteils der Weltbevölkerung beiträgt, auch wenn dies zu Lasten der riesigen Vermögen einzelner geht. Denn wie schon Mahatma Gandhi sagte: „Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier“.

Schließlich möchten wir uns der Forderung nach einer leichten Brise Kommunismus in unserer Welt anschließen, selbstverständlich ohne dabei das Privateigentum an sich zu verdammen. Doch es würde der globalen Gerechtigkeit zu Gute kommen, wenn eigentlich

ihrer Natur nach öffentliche Güter wie Wasser oder der Regenwald wieder öffentlich würden. Wir wollen sie damit nicht einer zweckmäßigen Verwaltung im Sinne aller entziehen, wir möchten nur verhindern, dass sie zur Bereicherung weniger auf Kosten der Gesellschaft beitragen.

Freilich bewegen wir uns mit diesen Überlegungen weitgehend auf dem äußerst theoretischen Pfad der ganz frühen Wirtschaftsphilosophen wie Platon und verstoßen gegen die Marxsche Forderung nach mehr Praxisnähe. Doch glauben wir, dass für konkrete Lösungen in der Tat eher Ökonomen zuständig sind und die Philosophie vielmehr zum Umdenken anregen soll. Andererseits lassen sich viele wirtschaftswissenschaftliche und –politische Ansätze im Kern auf irgendeinen Denker zurückführen. Und gerade in der heutigen Zeit, in der echte Lösungen so rar sind und es keineswegs sicher ist, ob je eine gefunden wird, die alle Probleme auf einmal löst ohne ein anderes dabei zu verschlimmern, halten wir Visionen, ja vielleicht sogar Utopien, für umso wichtiger. Denn dass wir das Bekannte hinter uns lassen müssen und in völlig neuen Bahnen denken müssen, steht außer Frage.

Zum Schluss möchten wir die Frage, die der Titel dieses Beitrags aufwirft in aller Kürze beantworten: Kasinokapitalismus oder Endzeitenkasino?

Sowohl als auch. Wenn wir am Kasinokapitalismus festhalten, setzen wir unsere Zukunft im Endzeitenkasino aufs Spiel. Und ob wir gewinnen oder verlieren, hängt alleine davon ab, wann das Rouletterad aufhört, sich zu drehen.

10. Literaturverzeichnis

10.1 Bücher

- Altwater, E., 2009. Die kapitalistischen Plagen. In Blätter für deutsche und internationale Politik, Hg. *Das Ende des Kasinokapitalismus? Globalisierung und Krise*. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH. S. 172-186.
- Best, M., 2009. *Kapitalismus reloaded*. Frankfurt/Main: F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen GmbH.
- Bode, T. & Pink, K., 2009. Kapitalismus ohne Haftung. In Blätter für deutsche und internationale Politik, Hg. *Das Ende des Kasinokapitalismus? Globalisierung und Krise*. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH. S. 69-76.
- Bünting, K. & Karatas, R. Hg., 1996. *Deutsches Wörterbuch*. Chur, Schweiz: Isis Verlag AG.
- Davis, M., 2009. Wer wird die Arche umbauen? In Blätter für deutsche und internationale Politik, Hg. *Das Ende des Kasinokapitalismus? Globalisierung und Krise*. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH. S. 267-285.
- Flassbeck, H., 2009. Panik im Finanzkasino. In Blätter für deutsche und internationale Politik, Hg. *Das Ende des Kasinokapitalismus? Globalisierung und Krise*. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH. S. 31-38.
- Friedmann, T., 2009. Code Green. In Blätter für deutsche und internationale Politik, Hg. *Das Ende des Kasinokapitalismus? Globalisierung und Krise*. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH. S. 254-266.
- Harvey, D., 2009. Der Finanzstaatsstreich. In Blätter für deutsche und internationale Politik, Hg. *Das Ende des Kasinokapitalismus? Globalisierung und Krise*. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH. S. 49-59.
- Hengsbach, F., 2009. Nach der Krise ist vor der Krise. In Blätter für deutsche und internationale Politik, Hg. *Das Ende des Kasinokapitalismus? Globalisierung und Krise*. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH. S. 60-68.
- Hoffmann, T., 2009. *Wirtschaftsphilosophie. Ansätze und Perspektiven von der Antike bis heute*. Wiesbaden: marixverlag GmbH.
- Janszen, E., 2009. Die Bubble-Ökonomie. In Blätter für deutsche und internationale Politik, Hg. *Das Ende des Kasinokapitalismus? Globalisierung und Krise*. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH. S. 17-29.
- Klein, D., 2009. Wo bleibt der Reichtum. In Blätter für deutsche und internationale Politik, Hg. *Das Ende des Kasinokapitalismus? Globalisierung und Krise*. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH. S. 77-85.
- Krugman, P., 2009. *Die neue Weltwirtschaftskrise*. Frankfurt/Main: Campus Verlag GmbH.

Misik, R., 2009. Das Ende des heroischen Unternehmers. In Blätter für deutsche und internationale Politik, Hg. *Das Ende des Kasinokapitalismus? Globalisierung und Krise*. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH. S. 39-48.

Ritz, H. & Wiesmann, O., 2009. Peak Oil: Der globale Krieg ums Öl. In Blätter für deutsche und internationale Politik, Hg. *Das Ende des Kasinokapitalismus? Globalisierung und Krise*. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH. S. 189-194.

Sinn, H., 2009. *Kasinokapitalismus. Wie es zur Finanzkrise kam, und was jetzt zu tun ist*. 2. Aufl. Berlin: Ullstein Buchverlage GmbH.

Strange, S., 1997. *Casino Capitalism*. 2. Aufl. Manchester/UK: Manchester University Press.

Urban, H., 2009. Die Mosaik-Linie. In Blätter für deutsche und internationale Politik, Hg. *Das Ende des Kasinokapitalismus? Globalisierung und Krise*. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH. S. 231-238.

Vattimo, G., 2009. Postmoderner Kommunismus. In Blätter für deutsche und internationale Politik, Hg. *Das Ende des Kasinokapitalismus? Globalisierung und Krise*. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH. S. 239-253.

Von Weizsäcker, E., 2009. Klima, Ressourcen und Krieg. In Blätter für deutsche und internationale Politik, Hg. *Das Ende des Kasinokapitalismus? Globalisierung und Krise*. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH. S. 195-203.

Welzer, H., 2009. Klimakriege. In Blätter für deutsche und internationale Politik, Hg. *Das Ende des Kasinokapitalismus? Globalisierung und Krise*. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH. S. 204-220.

10.2 Online-Magazine

Anon, 2011. Tonnen von Lebensmittel landen im Müll. Focus Money Online, [Internet]. 18. Februar.

Verfügbar unter: http://www.focus.de/finanzen/news/supermaerkte-tonnen-von-lebensmittel-landen-im-muell_aid_601247.html [Zugriff am 22. Februar 2011].

Flohr, K., k.D. *Die Fratzen der Gier*. P.M., [Internet].

Verfügbar unter: <http://www.pm-magazin.de/a/die-fratzen-der-gier> [Zugriff am 22. Februar 2011].

Manstetten, R., 1995. *Die Einheit und Unvereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie*. GAIA, [Internet].

Verfügbar unter: <http://www.umweltethik.at/download.php?id=456> [Zugriff am 21. Februar 2011].

Schnaas, D., 2007. *Die kalkulierte Unvernunft*. Wiwo.de, [Internet]. 25. Juni.

Verfügbar unter: <http://www.wiwo.de/finanzen/die-kalkulierte-unvernunft-243415/> [Zugriff am 15. Februar 2011].

Yesilgöz, M., 2010. Nur eine kleine Bank. Gral.de, [Internet].
Verfügbar unter: <http://www.gral.de/index.html?page=5375> [Zugriff am 17. Februar 2011].

Zacher, H., 2000. *Kapital versus Arbeit? Eine lange Geschichte*. Die politische Meinung, [Internet]. Mai.
Verfügbar unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_6231-544-1-30.pdf?050218124349 [Zugriff am 16. Februar 2011]

10.3 Online-Zeitungen

Anon, 2006. *Sex, Geld, Gier und Hirnströme*. FAZ.net, [Internet]. 2. Februar.
Verfügbar unter:
<http://www.faz.net/s/RubEC1ACFE1EE274C81BCD3621EF555C83C/Doc~E875F091F33274115BE66DD3C47E1AAB5~ATpl~Ecommon~Sspezial.html> [Zugriff am 22. Februar 2011].

Heuser, U., 2009. *Der tägliche Crash*. Zeit Online, [Internet]. 18. September.
Verfügbar unter: <http://www.zeit.de/2008/39/Editorial> [Zugriff am 15. Februar 2011].

10.4 Webseiten

Currilin, W., k.D. *Industrialisierung und soziale Frage*. [Internet].
Verfügbar unter: <http://www.wcurrilin.de/pages/5.htm> [Zugriff am 16. Februar 2011].

Elsner, D., 2008. *Für unser Gehirn gilt: Geld = Sex = Drogen = Gier*. [Internet].
Verfügbar unter: <http://www.blicklog.com/2008/12/02/fur-unser-hirn-gilt-geld-sex-drogen-gier/> [Zugriff am 21. Februar 2011].

Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO), 2011. *Global hunger declining, but still unacceptably high*. [Internet].
Verfügbar unter: <http://www.fao.org/hunger/en/> [Zugriff am 21. Februar 2011].

Fries, O., 2010. *Treffpunkt Umweltethik*. [Internet].
Verfügbar unter: <http://www.treffpunkt-umweltethik.de/modelle.htm> [Zugriff am 19. Februar 2011].

Gabler Wirtschaftslexikon, k.D. *Business Ethics*. [Internet].
Verfügbar unter:
<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/unternehmensethik.html#schwerpunktbeitraege> [Zugriff am 23. Februar 2011].

Gabler Wirtschaftslexikon, k.D. *Wirtschaftsethik*. [Internet].
Verfügbar unter: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/wirtschaftsethik.html> [Zugriff am 23. Februar 2011].

Hacker, A., k.D. *Psychologie des Geldes*. [Internet].
Verfügbar unter: <http://www.dqnr-dqnc2006.de/> [Zugriff am 22. Februar 2011].

10.5 Filme

Wagenhofer, E., 2009. *Let's Make Money*. [DVD]. Wien/Österreich: Allegro Film.

10.6 Sonstiges

Association for the Study of Peak Oil and Gas (ASPO), 2007. *Newsletter 78*. [Internet]. Juni.

Verfügbar unter: http://www.energiekrise.de/e/aspo_news/aspo/newsletter078.pdf [Zugriff am 18. Februar 2011].

Brodal, S., 2006. *Moderne Sklavenarbeit in der europäischen Landwirtschaft. Widerspruch*, [Internet].

Verfügbar unter: http://www.labournet.de/branchen/bergbau/brodal_wider51.pdf [Zugriff am 23. Februar 2011].

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), 2009. *Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland*. In *Wochenbericht Nr.4/2009*. [Internet].

Verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/media/0,4906,19764,00.pdf> [Zugriff am 22. Februar 2011].

Karch, S., IG Metall. 2001. *Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung*. [Power Point Präsentation, Internet].

Verfügbar unter:

<http://www.mittal.vkl.de/bilder/geschichte%20der%20deutschen%20gewerkschaftsbewegung.ppt> [Zugriff am 16. Februar 2011].

11. Abbildungsverzeichnis

- 1 **Großspenden aus der Finanzbranche. Kumulierte Beträge an alle Parteien** S. 22

Krüger, L., 2011. *Unklarheiten.de. Politische Datenbank*. [Internet].

Verfügbar unter:

http://www.parteispenden.unklarheiten.de/?seite=auswertung_maximum [Zugriff am 23. Februar 2011].

- 2 **Großspenden aus der Finanzbranche. Ausgewählte Parteien. 2007** S. 22

Krüger, L., 2011. *Unklarheiten.de. Politische Datenbank*. [Internet].

Verfügbar unter:

http://www.parteispenden.unklarheiten.de/?seite=auswertung_maximum [Zugriff am 23. Februar 2011].

- 3 **Arbeitnehmer: Zunehmend gewerkschaftsmüde** S. 25
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2006. *Arbeitnehmer: Zunehmend gewerkschaftsmüde*. [Internet].
 Verfügbar unter:
<http://www.iwkoeln.de/Publikationen/iwd/Archiv/tabid/122/articleid/20977/language/en-US/Default.aspx> [Zugriff am 16. Februar 2011].
- 4 **Gewerkschaften: Für Angestellte kaum noch ein Thema** S. 25
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2006. *Gewerkschaften: Für Angestellte kaum noch ein Thema*. [Internet].
 Verfügbar unter:
<http://www.iwkoeln.de/Publikationen/iwd/Archiv/tabid/122/articleid/20977/language/en-US/Default.aspx> [Zugriff am 16. Februar 2011].
- 5 **Historische Entwicklung der Erdölförderung und Projektion bis 2050** S. 34
 Bundesanstalt für Geowissenschaft und Rohstoffe, 2010. *Kurzstudie: Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Rohstoffen*. [Internet].
 Verfügbar unter:
http://www.bgr.bund.de/nn_322848/DE/Themen/Energie/Downloads/Energiestudie-Kurzstudie2010.html?__nnn=true [Zugriff am 25. Februar 2011].
- 6 **Entwicklung des globalen Primärenergieverbrauchs nach Energieträgern und mögliches Szenario der zukünftigen Entwicklung** S. 36
 Bundesanstalt für Geowissenschaft und Rohstoffe, 2010. *Kurzstudie: Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Rohstoffen*. [Internet].
 Verfügbar unter:
http://www.bgr.bund.de/nn_322848/DE/Themen/Energie/Downloads/Energiestudie-Kurzstudie2010.html?__nnn=true [Zugriff am 25. Februar 2011].
- 7 **Die ökonomischen Folgen der Erderwärmung** S. 38
 Tol, R., 2009. *Die ökonomischen Folgen der Erderwärmung*. FAZ.net, [Internet].
 Verfügbar unter:
<http://www.faz.net/s/RubC5406E1142284FB6BB79CE581A20766E/Doc~E394D428FF4154C59BF10F299EFEC8629~ATpl~Ecommon~Scontent.html> [Zugriff am 24. Februar 2011].
- 8 **Viele Arme in Deutschland** S. 42
 Hans-Böckler-Stiftung, 2010. *Viele Arme in Deutschland*. [Internet].
 Verfügbar unter: <http://www.boeckler-boxen.de/1116.htm> [Zugriff am 25. Februar 2011].
- 9 **Häufigkeit von Kinderarmut nach Armutsfallen in Deutschland im Jahr** S. 43

2009

Statista, 2011. *Häufigkeit von Kinderarmut nach Armutsfallen in Deutschland im Jahr 2009*. [Internet].

Verfügbar unter:

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/158726/umfrage/kinderarmut-nach-armutsfallen-in-deutschland-2009/> [Zugriff am 24. Februar 2011].

10 **Baumwolle: Preisverfall durch Subventionen**

S. 46

Welthungerhilfe, 2003. *Baumwolle: Preisverfall durch Subventionen*. [Internet].

Verfügbar unter: <http://www.welthungerhilfe.de/baumwolle-subventionen.html> [Zugriff am 26. Februar 2011]